

Europäische Armee - Illusion oder Vision?

Sicherheitspolitisches Seminar VdRBw Kreisgruppe Münster

Akademie Biggese 6.-7.10.2012



14.7.2012 - Jägerbataillon 291 aus Illkirch/FR



Jürgen Dreifke
Dülmen, November 2012
xd300@hotmail.de

Europäische Armee – Vision oder Illusion?

*Autor Jürgen Dreifke – Beauftragter Sicherheitspolitik VdRBw Kreisgruppe Münster
Beitrag zum sicherheitspolitischen Kresseminar in der Akademie Biggsee 6.-7.10.2012*

Das Thema Europa ist zur Zeit nicht sehr populär. Europa ist durch die Schuldenkrise, Finanzmarktkrise und Diskussion um die Eurozone ins Gerede gekommen und füllt die Negativzeilen der Tagespolitik. Als kultureller Zusammenhang steht es nicht in Frage und ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Der Friedensnobelpreis für die Europäische Union würdigt mit Recht die auf dem Globus einzigartige Leistung einer stabilen Friedenszone. Das organisierte Europa wird in der aktuellen Diskussion aber vor allem als Wirtschaftsproblem wahrgenommen. Das militärisch und sicherheitspolitisch aktive Europa hat die Bürger bisher wenig interessiert. Dieses Politikfeld empfand man seit über einem halben Jahrhundert eigentlich immer als Sache der NATO.

Dass Europa in letzter Zeit in Expertenkreisen immer mehr in den Fokus der Sicherheitspolitik gerückt ist, liegt einmal an den Dauerkrisen an der instabilen Südperipherie unseres Kontinents. Die „Arabellion“, die Aufstände in Syrien und Libyen, die ungewisse Zukunft Ägyptens, die iranische Bombe und die Dauerkonfliktlage in Israel und Palästina umreißen grob die Problemlage. Vor allem aber die finanziellen Abgründe und Zwangslagen der Staatshaushalte und Volkswirtschaften haben den Gedanken einer größeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit neu belebt. *Die Vision einer europäischen Armee ist nicht länger ein Hirngespinnst, sondern könnte unabwendbarer Ausweg aus unseren knappen Ressourcen werden. Die europäischen Staaten können sich ihre nationalen Armeen im bisherigen Umfang nicht mehr leisten.* Die Nationalstaaten können zur Zeit weder sich, geschweige denn Europa gegen alle Bedrohungen nachhaltig verteidigen. Mögliche Wege und Umwege zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und Verteidigung mit dem Endziel einer europäischen Armee sind Gegenstand dieser Ausführungen.

Gemeinsame militärische Strukturen und Einsätze unter dem europäischen Dach sind seit den 90er Jahren im Aufbau. Der jährlich gefeierte 14. Juli ist traditionell ein Symbol nationaler Größe und Unabhängigkeit Frankreichs, aber seit anderthalb Jahrzehnten ist es auch guter Brauch, dass Abordnungen von Partnern, mit denen Frankreich militärisch zusammenarbeitet, über die Champs Élysée defilieren. In diesem Jahre (2012) kam das zur deutsch-französischen Brigade gehörende und an einem französischen Standort in Illkirch neu aufgestellte Jägerbataillon 291 der Bundeswehr zu dieser Ehre. Das Bataillon wird als neuartiger Aufklärungs- und Infanterieverband aufgestellt, der den neuen militärischen Szenarien besonders entsprechen soll. Dieser symbolische Auftritt entspricht durchaus der Wirklichkeit europäischer militärischer Zusammenarbeit, aber natürlich ergibt das noch lange keine europäische Armee.

„Um diese sachliche Debatte zu führen, muss der Begriff *Europäische Armee* zunächst definiert werden. Grundsätzlich bezeichnet eine Europäische Armee die intensivste Form der militärischen Zusammenarbeit in der EU. Ein sicherheitspolitisch geeintes Europa würde im Rahmen einer europäischen Armee militärische Gewalt gemeinsam planen und anwenden. Eine solche Armee bestünde aus Verbänden, die nicht mehr den Staaten unterstünden, sondern einer europäischen Autorität. Dies könnte beispielsweise der Europäische Rat sein, also die Versammlung der Staats- und Regierungschefs, der Rat für Auswärtige Angelegenheiten, in dem die Außenminister unter Vorsitz der Hohen Vertreterin für die EU Außen- und Sicherheitspolitik tagen, oder die Hohe Vertreterin selbst“ (Claudia Major. Legitimation und Umriss einer europäischen Armee).

Eine europäische Armee müsste über eine gemeinsame Führungsphilosophie, Struktur, Ausbildung und Ausrüstung unter einer einheitlichen politischen Führung verfügen. Was wir zur Zeit in den zwei EU - Battlegroups haben sind aber nur zusammengewürfelte Kontingente.

Europa als globaler Akteur?

Das politisch organisierte Europa stellt mit 500 Millionen Menschen und jetzt 27 Mitgliedsstaaten eigentlich eine Weltmacht dar. Als solche tritt es aber nicht in Erscheinung, weil immer noch die Nationalstaaten den Ton angeben. Der Prozess der Integration begann 1950-52 im Bereich der Montanindustrie. Der Versuch einer gemeinsamen Militärorganisation scheiterte 1954 kläglich mit dem EVG-Projekt. Die wirtschaftliche Kooperation mit den römischen Verträgen von 1957 eines Kerneuropas der Sechs verlief erfolgreicher. Nach mehreren Erweiterungsrunden und Vertragswerken wuchs nicht nur die Mitgliederzahl der Europäischen Union von 6 auf 27 Staaten. Gleichzeitig entwickelten sich auch die gemeinsamen Institutionen und Politikfelder. Supranationale politische Strukturen mit festen Institutionen waren schon in der Montanunion von 1951 angelegt. Es gab eine Hohe Behörde als administrative Einheit, eine parlamentarische Versammlung und ein Gericht zur Überwachung der Vertragseinhaltung. Zu einem föderalen Bundesstaat ist Europa aber dennoch bis heute nicht geworden. Trotz wachsender übernationaler Zuständigkeiten der europäischen Gemeinschaftsinstitutionen sind letztlich immer noch die nationalen Regierungen und Parlamente die Entscheidungsträger. Der ehemalige US-Außenminister Kissinger hat früher einmal das Problem mit der Frage „Welche Telefonnummer hat Europa?“ sehr einfach auf den Punkt gebracht. Wen sollte er in einer Krise anrufen, wenn Europa immer noch nicht international mit einer Stimme spricht?

Viele europäische Leistungen sind heute selbstverständlich und fast ohne Dankbarkeit genießen wir den Frieden und relativen Wohlstand auf unserem Kontinent. Europa braucht jetzt aber eine neue Legitimierung, um Akzeptanz bei seinen Völkern zurückzugewinnen. Wirtschaft und Finanzen sind nicht mehr der große Renner, sind diskreditiert durch die Schuldenkrise. Kann man von Initiativen in der gemeinsamen Friedens- und Sicherheitspolitik neue Impulse für Europa erwarten?

Europa muss einiges tun, um sich in einer Welt neuer aufstrebender Mächte zu behaupten. Sein Anteil am Weltbruttosozialprodukt könnte in den nächsten Jahrzehnten von einem knappen Drittel auf 5% sinken. Brasilien, China, Indien und Russland werden ihre wachsende wirtschaftliche Bedeutung auch in Machtpolitik umsetzen. Die USA schauen immer mehr zu ihrer asiatischen Gegenküsten und sind es satt, 75 % der NATO-Aufwendungen zu leisten. Im Kalten Krieg waren die Gewichte noch je zur Hälfte auf beide Seiten des Atlantiks verteilt. Die Europäer werden nicht länger in großer Bequemlichkeit von der geliehenen Sicherheit aus den USA profitieren können, die ihre Truppen in Europa stark reduzieren.

In Europa gibt es Differenzen zwischen Staaten und Politikern, die sich weiterhin vor allem an die USA anlehnen wollen, während andere eine größere europäische Unabhängigkeit anstreben. Der Gegensatz zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ aus den 60er Jahren lebt weiter. In Großbritannien, Dänemark und Norwegen sieht man sich lieber als Juniorpartner der USA. Frankreich pflegt trotz Wiedereingliederung in die NATO-Integration die Vision einer eigenständigen europäischen Macht mit zentraler Rolle der Grande Nation. Das wieder voll souveräne Deutschland pendelt zwischen beiden Lagern.

Eine gemeinsame Außenpolitik wird auf Dauer nicht ohne eine gemeinsame Militärmacht denkbar sein. Da gibt es aber gewaltige Hindernisse. Die EU hat trotz einer vertraglich

fixierten politischen Struktur für Sicherheits- und Militärpolitik keine nennenswerten eigenen Truppen. Die Armeen könnten, auch wenn der gemeinsame politische Wille vorhanden wäre, nicht einfach fusionieren, da sich ihre verfassungsrechtliche Stellung, Strukturen und militärischen Kulturen stark unterscheiden. Ohne eine gemeinsame Strategie und Militärpolitik macht eine europäische Armee keinen Sinn. Wir kommen im Einzelnen darauf zurück.

Die Staaten fürchten den Souveränitätsverlust und möchten am Ende nicht nur Beitragszahler sein. Es gibt starke emotionale Vorbehalte gegen europäische Lösungen. Die NATO war für unsere Generation in Zeiten des „Kalten Krieges“ aber auch in den Phasen der Entspannung Garant der Sicherheit. Europa wurde dagegen als eine wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheit empfunden.

Es gibt wirtschaftspolitische *Rüstungsinteressen* gegen eine gemeinsame Wehr- und Rüstungspolitik, vor allem wenn staatliche Rüstungsbetriebe auch als Instrument der Beschäftigungspolitik dienen.

Durch Zusammenschluss entstünden sicher große *Synergieeffekte*. Der ehemalige Kommandeur des gemeinsamen Streitkräftekommandos der NATO in Brunsum, Generalleutnant a.D. Ramms äußerte vor einem Jahr in einem Radiointerview die Vermutung, dass man in einer integrierten europäischen Armee vielleicht mit der Hälfte der zu diesem Zeitpunkt noch knapp 2 Millionen europäischen Soldaten auskommen könnte.

Eine Integration des europäischen Militärpotenzials ist eine Frage der Effizienz, weil wir uns eine Vergeudung von Ressourcen durch 27 Armeen nicht mehr leisten können. Dabei ist es im Grunde zweitrangig, ob diese europäische Integration unter dem Dach der EU oder der NATO realisiert wird.

„Weiterhin haben die vergangenen Jahre und jüngst die Finanzkrise gezeigt, dass staatliche Souveränität, die auf Autonomie aufbaut, illusorisch ist. *In einer globalisierten Welt*, in der wichtige Entwicklungen – etwa die Finanzkrise – nicht an Staatsgrenzen Halt machen und die Risiken interdependent sind, *kann Souveränität nur durch Kooperation erhalten werden.* Souveränität im Sinne der Handlungsfähigkeit kann also letztlich durch eine kontrollierte Abgabe oder Teilung von Souveränität erhalten werden. Die Staaten können ihre Souveränität bewahren, wenn sie ihre individuell begrenzten Handlungsfähigkeiten zusammenlegen und gemeinsam nutzen (Claudia Major. Legitimation und Umriss einer europäischen Armee, Stiftung Wissenschaft und Politik) .

Voraussetzung für eine europäische Armee wäre die Europäisierung der nationalen strategischen Kulturen der EU-Staaten. *Dazu würde eine Einigung über die Rolle von militärischer Gewalt in der Politik gehören.* Hier besteht auch unter den großen Staaten Uneinigkeit. So verhält sich Deutschland gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt deutlich zurückhaltender als etwa Frankreich oder Großbritannien. Immerhin gibt es bereits europäische Initiativen zur Angleichung unterschiedlicher Rechts- und Sozialstandards in den europäischen Armeen durch die Initiative SAFE (synchronized armed forces Europe)

Ungleiche Lastenverteilung in der NATO

Die europäischen Streitkräfte leiden unter erheblicher Auszehrung und die Gewichte der westlichen Verteidigung verschieben sich noch weiter zu den USA. Das NATO - Ziel sieht einen Anteil der Verteidigungsausgaben von 2 % des BSP vor. Das hoch verschuldete Großbritannien lag zuletzt immerhin noch bei 2,56% Frankreich schaffte nur 2%. Deutschland lag trotz seiner Wirtschaftskraft nur bei 1,34% während die USA mit 4,6% alle

anderen Staaten weit übertreffen. Die Grenzen der europäischen Mittelmächte wurden im Libyeneinsatz deutlich, den diese eigentlich in vornehmlich europäischer Regie leisten wollten und dann doch sehr schnell auf US - Hilfe bei Führung und Logistik zurückgreifen mussten. Italien musste seinen Flugzeugträger mangels Finanzmittel abziehen

Europa erlebt zur Zeit unter dem ökonomischen Druck eine Renationalisierung seiner Militärpolitik. Die europäischen Soldaten Staaten haben mittlerweile in vier Jahren ihre Truppen um 16 % auf 1,6 Millionen Soldaten reduziert. Dies geschah in *Alleingängen ohne Abstimmung mit den Partnern.* Kritik wird auch gegenüber der aktuellen Bundeswehrreform geübt, von der kein europäischer Impuls ausgeht (z.B. Omnid Nouripour in: Europäische Sicherheit § Technik 6/2012). Der „Level of Ambition“ sieht künftig zwar 10.000 Soldaten für internationale Rollen vor, aber das wären immer noch nur ca. 5 % der Gesamtstärke. Die Bundeswehr setzt weiterhin auf eine breite Palette von Fähigkeiten, allerdings mit großen Abstrichen bei der Nachhaltigkeit. *Eine internationale Arbeitsteilung steht auch in der Reform von Minister de Maiziere noch nicht auf dem Plan.*

Die Armeen Europas durchlaufen zur Zeit viele nationale Transformationen. „*Jede Armee stirbt für sich allein*“ meinte der Verteidigungsexperte der SPD Michael Groscheck. Spöttisch kritische Stimmen warnen vor einer „Verzweigung“ der europäischen „Bonsaiarmeen.“

Neben den finanziellen Engpässen könnte die *demografische Entwicklung* durch Rekrutierungsprobleme eine Europäisierung des Militärs erzwingen. Kooperation ist ein Muss, denn die Staaten Europas sind zur Zeit kaum noch zur eigenständigen Bündnisverteidigung und Krisenintervention in der Lage.

Wie könnte eine effiziente europäische Armee aussehen, auf welchen Wegen oder auch Umwegen kann man sich einer praktikablen Lösung annähern? Harte Fakten werden eine tiefere Integration der westlichen Streitkräfte in NATO und EU erzwingen. *Eine gemeinsame Lösung ist unabdingbar, da Alleingänge nicht mehr bezahlbar sind und die USA nicht auf ewig die Hauptlast der Verteidigungspolitik des Westens tragen werden.*

Supranational oder intergouvernemental ? Welcher Weg führt zum Ziel ?

Bei der Diskussion einer europäischen Lösung und europäischen Verteidigungsidentität richtet sich der Blick zuerst auf die vorhandenen politischen Instrumente der Zusammenarbeit in der Gemeinschaft.

Um die Struktur und die Perspektiven der politischen Integration in Europa zu verstehen, muss man zwei verschiedene Formen der Zusammenarbeit begrifflich kennen und trennen. Es gibt die *supranationale Zusammenarbeit*, bei der mehrere Nationen für ein Politikfeld gemeinsame Institutionen bilden, in denen gemeinsam Entscheidungen getroffen werden. Mit dem Verzicht auf rein nationale Entscheidungsgewalt ist also ein Verzicht auf nationale Souveränität verbunden. Daneben gibt es die *intergouvernementale Zusammenarbeit*, bei der die nationale Souveränität nicht eingeschränkt wird, die Regierungen aber untereinander gemeinsame Vereinbarungen treffen, die auch völkerrechtlich bindend sein können

Der *supranationale* Weg der Zusammenarbeit wurde seit den 50er Jahren beschritten. Die Zusammenarbeit wurde vertraglich geregelt und in europäischen Institutionen abgesichert, die noch heute bestehen und in einer Serie von Gipfelkonferenzen und Vertragswerken beständig in ihren Strukturen und Funktionen erweitert wurden . Der Schumann-Plan von 1950 führte zur Montanunion, die römischen Verträge von 1957 schufen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und im Vertrag von Maastricht verpflichteten sich die Staaten der Gemeinschaft 1992 zu einer grundsätzlichen Zusammenarbeit auf fast allen Politikfeldern

mit Binnenmarkt , Währungsunion und gemeinsamer Außenpolitik. Nach einer Serie von Gipfeln und Verträgen und nach einem gescheiterten Verfassungsentwurf beschreibt der *Lissabonvertrag von 2009* als Kompromiss den gegenwärtigen vertraglichen Ist - Zustand der Europäischen Union.

Das organisierte *Europa der Institutionen* kennt einen *Europäischen Rat* der Regierungschefs als oberstes Entscheidungsorgan, das jetzt auch einen eigenen Präsidenten hat (z.Zt. Hermann van Rompuy). Darunter auf fachlicher Ebene gab es schon in der Organisation der EWG von 1957 den *Ministerrat* der Fachminister, welche die zahlreichen Regeln und Vorschriften der Union aushandeln und beschließen. Sie sind der eigentliche Gesetzgeber der Union. Die Älteren werden sich noch an das Ritual der permanenten Nachtsitzungen der Landwirtschaftsminister erinnern, die früher die Tagesordnung der EWG bestimmten und Europa nach außen als eine Agrarrepublik erschienen ließen. Aus einer parlamentarischen Versammlung von entsandten Abgeordneten der nationalen Parlamente wurde 1979 das von den europäischen Bürgern direkt gewählte *Europäische Parlament* in Straßburg, das sich langsam neue Kompetenzen erstreitet. Zu den Institutionen der ersten Stunde gehörte auch die *Europäische Kommission* als oberste Behörde der Union, die für die Durchsetzung der EU - Beschlüsse und neue Initiativen verantwortlich ist. Von dem ersten *Kommissionspräsidenten*, dem Deutschen Hallstein, führte die Linie über Politiker wie dem Belgier Rey, dem Niederländer Mansholt, dem Briten Jenkins, dem Luxemburger Thorn, dem Franzosen Delors und dem Italiener Prodi heute zum 12. Amtsinhaber, dem Portugiesen Barroso. Die Kommission versteht sich als Hüterin der europäischen Verträge. Seit fast einem Jahrzehnt steht dem Kommissionspräsidenten als Vertreter, der *Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik*, eine Art EU – Außenminister, zur Seite. Dass mit Lady Catherine Ashton eine Vertreterin einer europakritischen Nation zur Zeit dieses Amt bekleidet, ist typisch für die zahlreichen Kompromisse, die den Alltag der EU kennzeichnen. Der grundsätzliche Widerstand Großbritanniens gegen eine größere sicherheitspolitische Rolle Europas war erst 1998 mit der Übereinkunft von St. Malo zwischen Präsident Chirac und Premierminister Blair überwunden worden.

Auf jeden Fall haben die Nationalstaaten auf vielen Gebieten eine Reihe von Zuständigkeiten Schritt für Schritt an die EU abgetreten. Es sind nicht immer die großen nationalen Belange sondern die Kleinigkeiten des Alltags, die unser Leben immer europäischer machen. Auf dieser Schiene ist übrigens auch das 1871 aus den deutschen Fürstenstaaten gegründete Kaiserreich immer mehr zusammen-gewachsen, was seinem preußischen Gründer Bismarck am Ende gar nicht behagte. Als bekanntestes Ergebnis dieses Zusammenwachsens sei das noch heute gültige Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 genannt, das die verschiedenen Rechtsbücher der Länder ablöste, die sich 1871 ins Reich einbrachten.

Nicht immer in der Öffentlichkeit bewusst wahrgenommen wird die andere Rechtsqualität der *intergouvernementalen Zusammenarbeit*, bei der die Staaten bestimmte Gebiete der Zusammenarbeit vertraglich regeln und in nationaler Verantwortung umsetzen. Hier wäre z.B. das Schengen-Abkommen zu nennen. Die sich seit den 90er Jahren nach dem Vertrag von Maastricht 1992 entwickelnde Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik (GASP) gehört in diesen Bereich der intergouvernementalen Zusammenarbeit.

Der intergouvernementale Weg ließe Alleingänge zu, bei der sich einzelne Staaten zu mehr Zusammenarbeit verpflichten, während andere nicht zur Kooperation verpflichtet sind. Großbritannien ist für seine europäische Zurückhaltung bekannt, aber auch der deutsche Alleingang bei Ablehnung des Libyenmandats im Weltsicherheitsrates war einer gemeinsamen EU-Außenpolitik nicht förderlich, selbst wenn es formal keine europäische Entscheidung war. Bei der intergouvernementalen Zusammenarbeit wirkt sich naturgemäß die Abhängigkeit der kooperierenden Exekutiven von nationalen Stimmungen, Krisen und

Wahlen besonders aus und erschwert sachgerechte Entscheidungen. Supranationale Gremien sind vom Prinzip her weniger von den Interessen und Stimmungslagen der Einzelnationen abhängig, sondern mehr dem europäischen Gesamtdenken verpflichtet.

Wenn die EU-Staaten eine europäische Armee aufbauen wollen, bieten sich beide Wege an: die freiwillige jederzeit modifizierbare intergouvernementale Zusammenarbeit und der supranationalen Zusammenschluss unter einem Dach.

Als Beispiel einer vor einigen Jahren begonnen intergouvernementalen Zusammenarbeit auf EU - Ebene sind die schnellen Krisenreaktionsverbände der EU, die *EU - Battlegroups*, zu nennen. Sie wurden wiederholt als Kern einer europäischen Armee vorgeschlagen, denn hier haben die EU-Staaten in gemischt zusammengestellten Einsatzverbänden intensivere Zusammenarbeit bei verschiedenen militärischen Fähigkeiten geübt. Da jedoch Wehrrecht und Ausrüstung national geprägt sind, sind die Battlegroups noch kein Entwurf für eine EU-Armee.

Verfassungsrechtlich hat jede Armee einen eigenen ausgeprägt nationalen Status, der eine Abgabe der Wehrhoheit an eine supranationale europäische Militärorganisation erschwert. Das gilt nach Meinung von bundesdeutschen Verfassungsjuristen auch für die Auslegung des Grundgesetzes. Hier wären grundlegende Verfassungsänderungen, gegebenenfalls im Rahmen einer Volksabstimmung notwendig.

Der supranationale Weg zu einer europäischen Armee würde nationale Befugnisse auf die EU - Ebene übertragen. Eine einheitliche europäische Armee erfordert ein einheitliches Wehrrecht, eine gemeinsame militärische Führung und vor allem eine einheitliche Kontrolle durch eine politische Führung. Man mag dabei an das europäische Parlament oder den Europäischen Rat denken. Dazu sind die Nationen zur Zeit aber noch nicht bereit.

Demokratiedefizite in der Organisation Europas

Seit den 90er Jahre besteht ein Konzept und ein institutioneller Rahmen für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ihnen ist aber auch ein *demokratisches Grunddefizit der Europäischen Union* mit in die Wiege gelegt: *die Dominanz der Exekutive*. Die bestehenden Institutionen weisen den Organen der Exekutive (Europäischer Rat, Ministerrat) eine zentrale Rolle zu. Gerade im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fehlen dem Europäischen Parlament Kompetenzen, die über das Recht auf Anhörung und Empfehlungen hinausgehen.

Hinzu kommt als zweites Defizit, dass im Europäischen Parlament das Prinzip „one man, one vote“ nicht gilt. *Die Zahl der in den Mitgliedsstaaten gewählten Abgeordneten entspricht nur ungefähr ihrer Einwohnerzahl*. Aus Gründen des nationalen Proporz, der innereuropäischen Balance und des europäischen Kompromisses haben größere Staaten, allen voran die Bundesrepublik, verglichen mit kleineren Staaten weniger Abgeordnete als ihnen eigentlich zustehen müsste. *Ein demokratisches Europa sollte alle EU-Bürger als Einheit betrachten mit gleichen Stimmrechten für alle Wähler*. Nur so lässt sich die *Legitimation für schwerwiegende militärische Einsatzentscheidungen* begründen.

Supranationale Strukturen könnten demokratischer organisiert sein! Es fehlt zur Zeit eine demokratisch legitimierte politische Führung, die mit Grundsatzentscheidungen betraut ist. Man könnte sich ein Europäisches Parlament mit einem Europäischen Rat als zweiter Kammer analog zu unserer Ländervertretung im Bundesrat als demokratischen Entscheidungsmechanismus vorstellen.

Solch ein Parlament könne dann über Einsätze entscheiden, ähnlich wie der Bundestag es heute für die Bundeswehr wahrnimmt. Aus der SPD wurde schon die Bereitschaft zur Änderung des Grundgesetzes zur „Europäisierung des deutschen Parlamentsvorbehalts“(Michael Groscheck) signalisiert.

Wie funktioniert die europäische Sicherheitspolitik?

Zwar verwendet man mittlerweile den Begriff der *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (ESVP), aber die vor 10 Jahren spürbare Euphorie der 1992 in Maastricht begründeten GASP ist verfliegen, weil mittlerweile die ökonomischen Krisen die europäische Politik bestimmen. Schrittweise wurden die um das Jahr 2000 noch hochfliegenden Zielvorgaben (*Headline Goals*) von bis zu 60.000 für europäische Militäraktionen verfügbare Soldaten arg zusammengestrichen, seit die Nationen ihre Militäretats und Kontingente massiv kürzen.

Nach der Übereinkunft von St. Malo 1998 (s.o.) waren nach der für Europa peinlichen Hilflosigkeit bei der Bewältigung der Balkankonflikte die britischen Bedenken gegenüber einer intensiveren sicherheitspolitische Zusammenarbeit Europas aus dem Weg geräumt. Eine Umsetzung von Absichten in konkrete Politik schien greifbar. Schon 1992 waren die sogenannten *Petersberg - Aufgaben* formuliert worden. Europa sollte in der Lage sein, gemeinsam humanitäre, friedenserhaltende und friedens erzwingende Militäroperationen weltweit durchzuführen. *Es fehlten aber noch die Umsetzung in handlungsfähige Handlungsmechanismen und Strukturen.* Der Konflikt vor der eigenen Haustür während des Bürgerkrieges im zerfallenden Jugoslawien war ohne NATO und die USA nicht zu lösen. Sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch im Kosovo lag die Initiative bei den Amerikanern. *Konnte das organisierte Europa künftig als Global Player der internationalen Politik auftreten?*

Die europäische Sicherheitspolitik legt in der Ausprägung ihrer Sicherheitspolitik besonderes Gewicht auf den als „*Comprehensive Approach*“ bekannt gewordenen *gleichwertigen Einsatz von militärischen und zivilen Mitteln* zur Bewältigung von gewaltsam ausgetragenen Konflikten und ihrer Ursachen. Europa soll gleichermaßen als *politisch-militärische und zivile Friedensmacht* auftreten können. Leider ist Europa auch im zivilen Sektor, sieht man von unmittelbarer humanitärer Soforthilfe ab, weit hinter den eigenen Zielvorgaben zurückgeblieben.

Seit dem Vertrag von Lissabon 2009, der nach dem an Referenden gescheiterten Verfassungsprojekt als Kompromiss den aktuellen Status der Union definiert, gehört die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu den verbindlichen Aufgaben der EU und ist nicht mehr nur auf intergouvernementale Freiwilligkeit beschränkt.

Die Europäische Union verfügt jetzt einen in Jahren gewachsenen klar *geregelt* *Mechanismus für die Ausübung des Primats der Politik bei gemeinsamen Militäraktionen* mit einer Hierarchie der Zuständigkeiten. Sie beginnt oben bei dem Europäischen Rat und Ministerrat, wobei der Hohe Vertreter und die Europäische Kommission einzubeziehen sind. Als ständig präsenten Kontrollorgan folgt darunter das *politische und sicherheitspolitische Komitee* mit den Botschaftern der Mitgliedsstaaten und der EU - Kommission, dem der *Militärausschuss* der nationalen Stabschefs bzw. ihrer Vertreter und darunter ein *Militärstab* untergeordnet sind. Eine besondere Rolle kommt dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik an der Schnittstelle intergouvernementaler und supranationaler Zusammenarbeit zu, da er/sie zugleich auch stellvertretender Präsident der EU - Kommission ist.

Für die Europäische Union besteht seit dem Lissaboner Vertrag 2009 im Falle eines Angriffs auf ihre Mitglieder eine *Bündnis- und Solidaritätsklausel*, die in ihrer Verbindlichkeit über die der NATO hinausgeht. Sie ersetzt die Bündnisverpflichtungen der Westeuropäischen Union, die als sicherheitspolitische Allianz der europäischen NATO-Staaten in den vergangenen Jahrzehnte lange im Dornröschenschlaf lag und nur zeitweise für eine europäische Sicherheitspolitik reaktiviert wurde. Die WEU wurde 2011 endgültig aufgelöst. Aus ihrer Substanz wurde das Satellitenaufklärungszentrum in Torrejón (Spanien) und das Institut für strategische Studien in Paris übernommen. Ihre frühere Funktion zur Kontrolle und Einbindung einer in ihrer Souveränität teilweise noch beschränkten Bundesrepublik in die NATO-Allianz war 1990 endgültig obsolet geworden.

Die Gremien für eine europäische Militär und Sicherheitspolitik sind vorhanden, auch wenn der Abstimmungsbedarf hoch ist. Sie müssen mit Leben durch gemeinsamen politischen Willen erfüllt werden. Weil die europäischen Nationalstaaten aber bisher die Kontrolle über Militär- und Außenpolitik nicht wirklich aus der Hand geben wollen, fehlt eine strategische Führung auf politischer Ebene. Man belässt es bei multilateralen militärischen Führungsstäben für den taktischen Einsatz. Es fehlt insgesamt die Bereitschaft und Befähigung zu gemeinsamer Analyse der Bedrohungen und eigener Handlungsoptionen.

Eine solche gemeinsame politisch und militärische Führungsphilosophie ist für eine wirksame gemeinsame Armee und ihre Einsätze als Überbau unabdingbar!

„Weiche“ statt „harte“ Mandate

Bei einem Blick auf eine Karte der recht zahlreichen, meist kleineren militärischen Aktionen der EU in Vergangenheit und Gegenwart fällt auf, dass „weiche“ Einsätze wie *Beobachtermissionen und humanitäre Aktionen oder Einsätze zum „nation building“ überwiegen*. So konnte die EU die Verantwortung für den früheren SFOR-Einsatz in Bosnien-Herzegowina übernehmen (ALTHEA). Als Höchstform militärischer Intensität kann die Beteiligung an der Seeraumüberwachung am Horn von Afrika im Rahmen der Aktion ATALANTA gelten. Die kurzfristigen Aktionen zur Wahlüberwachung und humanitären Intervention im Kongo (u.a.. ARTEMIS) standen sicher auch unter dem maßgeblichen Einfluss der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Die Mandatierung ist durch UNO, OSZE oder in Abstimmung mit den Betroffenen durch die EU selber möglich. *Zu einem „harten“ Einsatz der seit einigen Jahren dafür verfügbaren Battlegroups kam es bisher noch nicht.*

NATO oder EU?

Zu den Grundfragen einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Militärpolitik gehört die *Abstimmung mit der NATO über eine angemessene Verteilung der Lasten und Aufgaben*. Immerhin sind 21 Staaten zugleich Mitglieder der NATO und EU. Allerdings treten zunehmend auch bündnisfreie Staaten wie Schweden und Österreich unter dem Dach der EU als militärische Partner bei Übungen und internationalen Einsätzen in Erscheinung. Militärische Kooperation wird allerdings auch als Partner der NATO im Rahmen von „Partnership for Peace“ schon seit längerer Zeit praktiziert. So treten österreichische Soldaten sowohl bei NATO - Übungen als auch bei EU - Übungen regelmäßig als enge Partner der Bundeswehr auf. Die ursprüngliche Sorge der Amerikaner, dass die Europäer wichtige Kräfte dem Bündnis entziehen könnten, um unabhängig von den USA als „Global Player“ aufzutreten, mag ein wenig durch die Aussicht gemildert werden, dass ein gemeinsam agierendes Europa *mehr Verantwortung für die Sicherheit und Verteidigung des Westens übernehmen und die USA entlasten könnte*. Die frühere US-Außenministerin in der Clinton - Ära , Madelaine Albright, formulierte drei Grundvoraussetzungen für einen eigenen

europäischen Pfeiler der NATO, die als drei „Ds“ bekannt wurden: *No double-duplication – No decoupling – No discrimination*. Es dürfen keine militärischen und politischen Doppelstrukturen entstehen, Europa dürfe sich nicht von der atlantischen Allianz abkoppeln und Nicht-EU-Mitglieder wie die Türkei dürfen nicht diskriminiert werden.

In der sogenannten „*Berlin plus*“ - *Vereinbarung* verpflichteten sich die EU-Staaten, keine Parallelstrukturen zur NATO aufzubauen. Es gilt der Grundsatz des „*Single Set of Forces*“. Truppen und Hauptquartiere von Bündnisstaaten können sowohl der NATO als auch der EU zur Verfügung stehen.

Einige Grundsätze zur Zuweisung von sicherheitspolitischen Aufgaben an die NATO bzw. die EU sind offensichtlich. *Die kollektive Bündnisverteidigung auch in Europa und die nukleare Sicherheit sind ohne die USA und NATO nicht zu realisieren*. Die französischen und britischen Nuklearkräfte können hinsichtlich Umfang und Flexibilität und angesichts eigener nationaler Vorbehalte die der USA nicht ersetzen. Europa bietet sich dagegen an, wenn *Konflikte an der europäischen Peripherie* ein Eingreifen erforderlich machen könnten.

Der Versuch, die militärische Aktion zur Durchsetzung des UN - Mandats in Libyen 2011 weitgehend durch europäische Kräfte sicherzustellen, gelang am Ende nicht ohne amerikanische Ausrüstungs- und Führungshilfe. Die eindeutige Distanzierung Deutschlands von dieser Aktion durch das Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat verhinderte, dass Europa in einer wesentlichen Frage der Sicherheitspolitik vor seiner Haustür mit einer Stimme sprach. Die von der EU formulierte Einsatzgrenze der Battlegroups in einem 6000 km - Radius von Brüssel aus gerechnet, ist vor allem auch auf *Afrika* als einer Interessenzonen sicherheitspolitischer Priorität abgestimmt. Hier existieren noch viele Verbindungen, allerdings auch Vorbehalte aus der Kolonialzeit. Zur Zeit versuchen afrikanische Staaten im Rahmen der Afrikanischen Union verstärkt mit europäischer Hilfe militärisch in instabilen Regionen wie Somalia einzugreifen.

Sowohl im Interesse Europas wie der NATO wäre es vor allem, die entschlossene Integration der Militärpotenziale bei immer knapper werdenden Ressourcen voranzutreiben. Hier formulierten die EU-Staaten wie die NATO ähnliche Projekte, ganz gleich ob man von Pooling/Sharing oder von Smart Defence spricht. Das Endziel wäre eine *integrierte europäische Armee als europäischer Pfeiler der NATO*, wie es schon in dem gescheiterten Projekt der EVG in den 50er Jahren vorgesehen war.

Drittens könnte sich die EU als zivile Friedensmacht mit gewichtigen *Beiträgen zum „nation building“* mit eigenständigem Profil bei internationalen Aktionen einbringen.

Erfahrungen der Vergangenheit – Bündnisverteidigung im „Kalten Krieg“

Nach Klärung der politischen Voraussetzungen für eine eigenständige europäische Rolle in der Sicherheitspolitik kommen wir zum Kernthema. Gibt es eine realistische Perspektive für die Organisation einer europäischen Armee? Dabei sollte nicht ganz außer Acht bleiben, dass eine integrierte europäische Armee vielleicht auch unter dem Dach der NATO und nicht der EU Wirklichkeit werden könnte. Das gilt umso mehr als man bei der militärischen Integration in Europa nicht bei Null anfangen müsste, sondern an multinationale Erfahrungen und Strukturen aus über 60 Jahren „gelebter NATO-Allianz“ zurückgreifen kann. Kooperation hat hier durchaus lange Tradition.

In den ersten vier Jahrzehnten des NATO-Bündnisses war auf dem Boden der Bundesrepublik eine internationale Koalitionsarmee stationiert, die unter der politischen, operativen und zum Teil auch taktischen Führung der politischen und militärischen NATO-

Hauptquartiere stand. Von Nord nach Süd waren bis zum Strategiewandel nach 1990 die Heereskorps der Bundeswehr und ihrer alliierten Partner in der „Schichttorte“ aufgereiht, die jedem Verband einen klaren Einsatzauftrag zur Abschreckung und Verteidigung an der innerdeutschen Grenze zuwies.

Ungeachtet einer gemeinsam betriebenen NATO - Führungsorganisation mit abgestimmten Einsatzregeln waren diese Heereskontingente national organisiert mit vielen Unterschieden bei Führung, Gliederung und Ausrüstung. Jede Nation entschied am Ende selber, inwieweit sie ihre Zusagen gegenüber der NATO einhielt oder unter politischen und wirtschaftlichen Zwängen modifizierte. Großbritannien benötigte Truppen seiner Rheinarmee immer wieder in Nordirland, die USA waren durch den Vietnamkrieg gebunden, Belgien verlegte Teile seines Armeekorps in die Heimat, um sie nicht der Bevölkerung zu entfremden. Der militärische Auftrag orientierte sich an der Vorverteidigung und war deshalb viel eindeutiger und begrenzter als es die komplexen Einsatzszenarien der Gegenwart erfordern. Von daher ist die „Schichttorte“ kein direktes Vorbild für eine künftige gemeinsame europäische Militärorganisation. *Immerhin war gemeinsame Führung in Stäben und Zusammenarbeit bei Ausbildung und Ausrüstung gelebter Alltag.*

Integration auf besonders hohem Niveau praktizierte die „Luftverteidigungsarmee des Kalten Krieges“, die hochpräzise *integrierte NATO-Luftverteidigung*, die in gemeinsam betriebenen Führungszentralen mit national bereitgestellten Radarsensoren, Jagdstaffeln und nebeneinander stationierten Flugabwehrraketenverbänden rund um die Uhr einsatzbereit gehalten wurde. Kern der Luftverteidigung ganz Westeuropas waren die beiden Luftverteidigungsriegel aus Flugabwehrraketenbatterien in der Bundesrepublik, die im Unterschied zu den Heeresverbänden mit den gleichen Waffensystemen (Nike, Hawk) ausgestattet waren und nach US-amerikanischen Regeln ausgebildet und regelmäßig taktisch überprüft wurden. *Hier war ein Maß von Einheitlichkeit - damals geprägt durch die US-Vormacht - erreicht, dass für eine künftige europäische Streitmacht von Vorbild sein könnte.*

Da die NATO ein Bündnis souveräner Einzelstaaten ist, blieb aber auch die gemeinsame Luftverteidigung *nicht von Alleingängen verschont*. Großbritannien stellte nur Jagdflugzeuge und Führungspersonal und beteiligte sich nicht mit Flugabwehrraketeneinheiten an der Besetzung der Sektoren in den Riegeln, die ja auch die britischen Inseln schützten, sondern beschränkte sich auf die Verteidigung seiner deutschen Fliegerhorste mit eigenen Raketen britischer Produktion (Bloodhound, später Rapier). Frankreich hinterließ nach seinem Rückzug aus der Militärintegration 1966 eine Lücke im Nike - Riegel in Schwaben und im Hawk - Riegel in Oberbayern. Die Niederländer halbierten 1975 die Zahl ihrer Batterien, die Belgier folgten ihnen in den 80er Jahren und verzichteten auf Beschaffung des Nike-Nachfolgesystems Patriot.

Dies zeigte das Hauptproblem integrierter Streitkräfte auf. *Jede integrierte Militärorganisation muss sich auf die Verlässlichkeit ihrer Partner und ihrer militärische Beiträge verlassen können. Dies kann am Ende nur eine supranationale Organisation mit eigener Entscheidungskompetenz, einem eigenen Etat und einem von Einzelnationen unabhängigen militärischen Fähigkeitsprofil sicherstellen.*

Erfahrungen im Kalten Krieg – War die EVG eine verpasste Chance?

Orientiert man sich an Erfahrungen der Vergangenheit, so wird man sich bei der Beurteilung von Visionen und Illusionen einer europäischen Armee sofort an die gescheiterte Gründung einer *europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG)* 1952-1954 erinnern.

Sie ging auf den Plan des französischen Ministerpräsidenten Pleven zurück, der die Aufstellung einer einheitlichen europäischen Streitmacht mit deutscher Beteiligung vorsah. Im Laufe der Verhandlungen, bei der eine Reihe von die Deutschen diskriminierenden Planungen revidiert wurden, war der zügige Aufbau einer *europäischen Armee von 57 Divisionen und 5000 Flugzeugen* vorgesehen. Dabei sollte Frankreich 18 Divisionen stellen und die Bundesrepublik sollte sich mit der für die Wiederbewaffnung magischen Zahl von 12 Divisionen beteiligen, obwohl Pleven ursprünglich nur an deutsche Bataillone gedacht hatte.

Das EVG sah eine Supranationalität vor, die den gegenwärtigen Befürwortern einer europäischen Armee beispielhaft sein dürfte und das Scheitern des Projekts als verpasste Chance erscheinen lässt. *In der Tat sollten die europäischen Streitkräfte einheitlich organisiert und durch eine supranationale Struktur mit parlamentarischer Versammlung und Kommissariat politisch kontrolliert werden.* Gemeinsame Rechtsvorschriften, eine Wehrpflicht von 18 Monaten und eine *europäische Rüstungshoheit* kennzeichneten die Supranationalität ebenso wie eine einheitliche Uniform, Truppengliederung und Territorialorganisation.

Diese recht fortschrittlich erscheinende Struktur wurde von den Militärs damals sehr viel skeptischer bewertet und in ihrem militärischem Einsatzwert bezweifelt. Vielfach herrschte Erleichterung als das Projekt durch Verweigerung der Ratifikation in der französischen Nationalversammlung 1954 scheiterte.

Bei der Beurteilung der EVG als Vorbild für einen neuen Gründungsversuch einer europäischen Armee sind eine Reihe von Einschränkungen und Motiven zu nennen. *Maßgebend für das EVG-Projekt waren politische Motive, weniger Fragen militärischer Effizienz.* Von französischer Seite wollte man die angesichts der prekären Sicherheitslage nach dem Vordringen der Sowjetunion an die Elbe unvermeidliche Wiederbewaffnung Deutschlands unter Kontrolle halten. Man wollte sich des deutschen Rekrutierungspotenzial bedienen, aber unter allen Umständen eine eigenständige deutsche Militärmacht verhindern. Nach Jahren deutscher Besatzung im Weltkrieg wünschten die künftigen Partner zwar *deutsche Soldaten für die Verteidigung Westeuropas, aber keine deutsche Armee.*

Auf der anderen Seite sah Bundeskanzler Adenauer in der EVG für die Bundesrepublik eine weitere Möglichkeit, den schon mit der Montanunion beschrittenen Weg der *Westintegration zur Wiedererlangung der Souveränität* weiter zu beschreiten. Militärische Sacherwägungen standen erst an zweiter Stelle. Für die Sicherheit der Bundesrepublik wäre aus der Sicht Adenauers die uneingeschränkte *Bündnisklausel* des EVG-Vertrages von hohem Wert gewesen.

Trotz aller supranationaler Elemente handelte es sich nicht wirklich um eine europäische Armee, da sie im Kriegfall unter das Kommando des NATO - Oberbefehlshabers in Europa, also eines amerikanischen Generals, gestellt worden wäre. Großbritannien blieb der EVG fern, so dass die militärische Gemeinschaft sich auf das in Montanunion und später in der EWG organisierte *Kerneuropa mit Frankreich, Deutschland, Italien und den BENELUX-Staaten* beschränkte. Außerdem sollte nur Deutschland mit all seinen noch aufzustellenden Streitkräften in die EVG integriert, man kann auch sagen kontrolliert werden. Die anderen Staaten konnten weiterhin umfangreiche Truppenteile angesichts der noch zahlreichen kolonialen Verstrickungen für eigene nationale Aufgaben außerhalb der Integration *unter eigenem Kommando* behalten. Ihre hochseefähigen Marinen waren nicht für die Küstenstreitkräfte der EVG vorgesehen.

Die sehr detaillierten und ambitionierten Aufstellungspläne für die EVG-Streitmacht waren auf der Zeitachse völlig unrealistisch und bestimmt durch die Bedrohungswahrnehmung der

stalinistischen Sowjetunion. Die französische Militärführung, die von der eigenen Regierung nicht ausreichend konsultiert worden war, erkannte die *Überforderung Frankreichs* durch eine Rolle als Vormacht der EVG und gleichzeitiger Bewahrung einer autonomen traditionellen Großmacht- und Kolonialrolle durch nationale Streitkräfte. Das Ende der EVG wurde durch die politischen Veränderungen in den zu dieser Zeit häufig wechselnden französischen Regierung beschleunigt.

Im Grunde handelte es sich bei der EVG um eine europäische Armee ohne europäischen Staat, eine Konstruktion, die sich später beim Euro auf währungspolitischem Gebiet wiederholen sollte.

Deutsche und Franzosen als Motor der Union?

Die Bundesrepublik wurde 1955 auf dem Umweg über den Beitritt zur Westeuropäischen Union in die NATO aufgenommen und konnte die Wiederbewaffnung mit einem wesentlich besseren Souveränitätsstatus realisieren. Großbritannien, das nach dem Scheitern der EVG die Initiative ergriffen hatte, war in die europäische Sicherheit des Kontinents wieder eingebunden und hatte sich mit seiner Rheinarmee zur Bündnisverteidigung in Deutschland verpflichtet. *Die militärische Sicherheitspolitik Europas blieb bis zum Ende des Jahrhunderts eine reine Angelegenheit der atlantischen Allianz mit einer eindeutigen Prägung durch die nukleare Weltmacht USA.*

Die europäische Integration schritt dagegen auf wirtschaftlichem Gebiet voran, auch wenn die sicherheitspolitische Kooperation immer wieder neu diskutiert wurde. Der neue „starke Mann“ in Frankreich, Präsident de Gaulle, beschritt zu Beginn der 60er Jahre zusammen mit Adenauer den Weg der Aussöhnung der beiden „Erbfeinde“ und begründete die im Élysée-Vertrag 1963 besiegelte *deutsch-französische Achse*, die sie trotz mancher Widrigkeiten auf Dauer zum Motor Europas werden ließ. Nicht vergessen sollte man die Motive de Gaulles, dem an einer intensiven Integration nicht wirklich gelegen war, der aber eine Führungsrolle Frankreichs in der Welt nur noch an der Seite des wirtschaftsstarken Juniorpartners Deutschland für möglich hielt. Dies führte in Deutschland nach dem Abgang Adenauers 1963 zu heftigen *Kontroversen*, zwischen den „Gaullisten“ und den „Atlantikern“, die nur an der Seite der USA in der NATO Sicherheit gewährleistet sahen, während sie den vagen Verheißungen von einer unabhängigen europäischen Sicherheit durch die noch in den Kinderschuhen steckenden französischen Atommacht in einem „Europa der Vaterländer“ misstrauten. So verließ der enttäuschte de Gaulle 1966 die militärische NATO-Integration ohne allerdings mit dem Bündnis ganz zu brechen.

Neben einem echten Willen zu dauerhafter Freundschaft und Kooperation zu gegenseitigem Nutzen bestimmten noch unter dem Eindruck der Kuba-Krise vom Herbst 1962 die Frage zuverlässiger *Sicherheit im Atomzeitalter* die Diskussion. De Gaulle und wohl auch Adenauer hegten Zweifel an der unbedingten Gültigkeit amerikanischer Beistandsgarantien angesichts des nuklearen Risikos. De Gaulle hatte in Deutschland Hoffnungen auf Beteiligung an der im Aufbau befindlichen französischen nuklearen Abschreckungswaffe (*force de frappe*) geweckt. Schon in den 50er Jahren hatte eine intensive *Rüstungszusammenarbeit* begonnen, die sich mit vielen Einzelprojekten vor allem bei Luftfahrzeugen und Raketen fortsetzte (Transall, Alpha Jet, SS 12, Milan, Hot, Exocet), bei der Beschaffung eines gemeinsamen Kampfpanzers aber scheiterte. In der Sicherheitspolitik setzten sich unter der Kanzlerschaft der Adenauernachfolger Erhard und Kiesinger allerdings die „Atlantiker“ durch, die sich weiterhin mehr dem Schutz des US-Atomschirms anvertrauen wollten.

In Kultur und Wirtschaft rückten Frankreich und Deutschland dagegen immer näher zusammen. Die zahlreichen Hinweise auf französische Partnerstädte an den

Ortseingangsschildern deutscher Kommunen dokumentieren noch heute diese damals eingeleitete Annäherung. Auch die militärische Zusammenarbeit zwischen französischen und deutschen Soldaten wurde fortgesetzt und Frankreich beließ nach dem Verlassen aus der NATO-Integration 1966 aufgrund bilateraler Abkommen und seiner Rolle als Siegermacht von 1945 seine Truppen in Südwestdeutschland, so dass sie trotz fehlender Integration in die NATO-Befehlsstruktur als „stille Reserve“ des Bündnisses einkalkuliert werden konnten.

Mit den Präsidenten Guiscard d`Estaing und Mitterand und ihren deutschen Partnern Schmidt und Kohl lebte auf allen Politikfeldern die deutsch-französische Achse in den 70er und 80er Jahren wieder auf und wurde militärisch mit der *deutsch-französischen Brigade* seit 1988 symbolhaft in neue Formen gegossen.

Modelle der Integration

Wie könnte man sich nun eine weiter gehende Integration und Kooperation in Europa vorstellen? *Multinationalität ist in Stäben und internationalen Einsätzen schon seit langer Zeit geübte Praxis.*

Bei der Aufstellung und Führung multinationaler Verbände gibt es drei unterschiedliche Vorgehensweisen mit einem unterschiedlichen Grad an Integration. Das einfachste Verfahren ist das Prinzip der *Leadnation*, bei dem ein Partnerstaat die Hauptkräfte und den Führungsstab stellt. Andere Partner können sich aber mit eigenen Beiträgen einbringen und sind mit einer Verbindungsorganisation im Stab vertreten. Ein Beispiel dafür war das frühere V. US-Korps in Deutschland, dem eine deutsche Division unterstellt werden konnte. Häufiger praktiziert wird das Prinzip der *Framework-Nation*. Ein Partner bestimmt die Struktur des Einsatzkontingents und stellt den Hauptteil der Kräfte und Führung, andere Partner stellen aber für die Einsatzfähigkeit unverzichtbare Truppenteile und Stabspersonal ergänzend zur Verfügung. Das ist bei der Aufstellung der EU - Battlegroups der Fall. Zur Zeit (Herbst 2012) ist Deutschland als Frameworknation für eine der beiden einsatzbereiten EU - Battlegroups für ein halbes Jahr verantwortlich. Österreich, Kroatien, Mazedonien und Irland sind mit Einheiten und Stabspersonal beteiligt. Ein zweites Beispiel wäre das von Großbritannien als Frameworknation geführte schnelle alliierte Eingreifkorps ARRC, dessen Hauptquartier aus der früheren Rheinarmee hervorgegangen und mittlerweile in Großbritannien stationiert ist.

Bei der *vollen Integration* sind mehrere Nationen gleichgewichtig in Stäben und Kontingenten beteiligt. Dies wird beim deutsch-niederländischen Korps in Münster, beim Eurokorps in Straßburg und dem Korps Nordost in Stettin praktiziert.

Eine derartige gemeinsame Führung und multinationale Verbände sind aber nur Vorformen einer wirklich integrierten europäischen Armee. *Diese wird erst dann Realität werden, wenn die Partnerstaaten arbeitsteilig vorgehen und gemeinsam ein europäisches Profil an militärischen Fähigkeiten bereitstellen, bei dem nicht mehr alle Partner alles können müssen.*

Zur Zeit ist viel von *Pooling* die Rede. Dabei werden bei mehreren Staaten vorhandene Fähigkeiten zusammengeführt und gemeinsam genutzt. Ein aktuelles Beispiel ist der Pool von Transportflugzeugen, den das neue europäische Lufttransportkommando in Eindhoven führt. Ein Pool für Seeraumüberwachungsflugzeuge ist in der NATO in Planung. Die Luftverteidigung Europas wäre mit einem gemeinsamen Pool von Jagdflugzeugen unter einem einheitlichen Luftverteidigungskommando vorstellbar.

Von *Sharing* spricht man, wenn wenige Staaten bestimmte Spezialfähigkeiten bereithalten, die aber allen Partnern in der Allianz ohne Abstriche im Bedarfsfall zur Verfügung stehen müssen. So gelten Deutschland und Tschechien als Vorreiter bei der ABC-Abwehr und

Deutschland und die Niederlande sind in Kerneuropa die einzigen Staaten, die mit dem Flugabwehrraketensystem Patriot noch langgestützte Boden-Luftsysteme größerer Reichweite gegen Flugzeuge und Raketen betreiben.

Sharing aus einer Mangellage heraus wird in der Bundeswehr schon praktiziert, wenn sie bei der Suche und Rettung von Soldaten (Piloten) unter Gefechtsbedingungen (Combat Search and Rescue) in den Einsatzgebieten auf US - Fähigkeiten zurückgreifen muss. Angesichts knapper Mittel wäre es ein gangbarer Weg, diese Unterstützungsleistung dauerhaft an den als zuverlässig bewährten Partner USA „outzusourcen“ und nicht wie geplant eigene CSAR-Kräfte zu improvisieren. Im Sinne solidarischen Sharings müsste Deutschland dann auf anderen Gebieten angemessene Spezialleistungen in das Bündnis einbringen, wie das z.B. bei der ABC-Abwehr oder Minenjagd denkbar wäre.

In einer vertieften Integration muss ein von einer europäischen Sicherheitsunion beschlossener Einsatz verlässlich auf die Systeme einzelner Nationen zurückgreifen können. Diesen Verzicht auf Souveränität und Ausübung der vollen Wehrhoheit wollen die Staaten zur Zeit noch nicht leisten.

Als weiterer Begriff taucht seit dem NATO-Gipfel von Chicago im Herbst 2011 das Schlagwort *Smart Defence* als Leitbegriff für die NATO-Strategie auf. Er umschreibt als Ziel einer intelligenten Verteidigung die gemeinsam abgestimmte Planung, Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von Waffensystemen mit arbeitsteiligem Vorgehen und unterscheidet sich im Grunde nicht von den europäischen Vorschlägen zum Sharing und Pooling. Kritiker verweisen darauf, dass es sich bei den Vorzeigeprojekten von Smart Defence im Prinzip um ohnehin schon eingeleitete Kooperationsvorhaben handelt.

Ein zu diskutierender Diskussionsbeitrag wurde bei den 8. Petersberger Gesprächen im März 2012 durch den SPD-Vorsitzenden Gabriel vorgetragen. In der EU besteht seit dem Lissaboner Vertrag von 2009 das Instrument der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“, die es kooperationswilligen Staaten erlaubt, bei der Integration voran zu gehen. Staaten, die nicht zur Zusammenarbeit bereit sind, können derartige Vorhaben nicht blockieren. Gabriel schlug vor, *dass zuerst einmal Frankreich, Deutschland und Polen, die Staaten des „Weimarer Dreiecks“, ihre militärische Zusammenarbeit in Richtung auf den Kern für eine künftige europäische Armee verstärken.* Deutschland und Frankreich sind als Motor Europas durch ihre besondere Partnerschaft für diese Rolle prädestiniert und Polen gilt als ausgewiesener Partner für eine sowohl europäische als auch atlantische Ausrichtung. Das Dreieck wäre für andere Kooperationspartner zum *Andocken* offen.

Man kann sich als Andockpartner sicher Belgien, die Niederlande und Österreich vorstellen. Belgien hatte sich nach der Auflösung seines eigenen Armeekorps 1994 sehr früh neben Frankreich und Deutschland in das Eurokorps als Juniorpartner eingebunden. Die Niederlande sind in dem Korpshauptquartier in Münster auf einzigartige Weise eine militärische Partnerschaft mit Deutschland eingegangen und Österreich sucht, trotz seiner Neutralität, seit längerer Zeit auch über Deutschland die militärische Zusammenarbeit in EU und NATO und kann auf eine lange internationale Militärerfahrung bei UN - Aktionen zurückblicken.

Europäische Eingreiftruppe statt nationaler Kontingente

Angesichts der unbestreitbaren Hemmnisse für den Aufbau einer Europaarmee in einem Club von souveränen Nationalstaaten könnte ein *alternativer Vorschlag* (Marcin Terlikowski) einen anderen gangbaren Weg weisen. Es geht um den *Aufbau einer supranationalen europäischen Eingreiftruppe, die aus freiwilligen EU-Bürgern besteht und unmittelbar einer*

europäischen Autorität untersteht. Diese Truppe von vielleicht 30.000 Soldaten sollte für eine sofortige Krisenreaktion jederzeit ca. 10.000 Soldaten einsatzbereit halten können und die jetzigen immer wieder neu aus nationalen Einzelbeiträgen zusammengestellten Battlegroups ersetzen. Der Einsatz sollte sich auf kurze intensive Kampfoperationen beschränken. Langdauernde Stabilisierungsoperationen blieben eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft.

Die Nationen könnten auf diese Weise ihre eigenen Armeen behalten. Diese würden allerdings in vielfältiger Weise benötigt, um die Eingreiftruppe mit Unterstützungsleistungen (force enabler) zu stärken.

Es wäre eine *luftmobile europäische Division* vorstellbar, deren Luftlandebataillone durch einen Pool von Kampf- und Transporthubschraubern aus den nationalen Streitkräften unterstützt werden könnten.

Eine eigenständige EU - Eingreiftruppe benötigt in jedem Fall ein *eigenes EU-Militärbudget*. Bisher finanzieren die Nationalstaaten ihre EU - Kontingente aus eigenen Etats. Bei einem europäischen Militäretat für die EU -Truppe würden sicher viele Mittel benötigt, die den ohnehin knapp bemessenen nationalen Militäretats fehlen könnten.

Eine derartige Neuschöpfung als *28. europäische Armee* würde dem Grundgedanken einer Effizienzsteigerung und Ressourcenschonung durch Zusammenschluss widersprechen. Unbequeme Einsatzentscheidungen und die Verantwortung für die internationale Sicherheit könnten von den Nationalstaaten an die Union abgeschoben werden. Umgekehrt wäre eine europäische Eingreiftruppe als sicherheitspolitisches Instrument leichter verfügbar.

Gemeinsame Rüstung der Union – Die Europäische Verteidigungsagentur

Die Planung militärischer Integration kann sich verständlicherweise nicht nur auf die Organisation und Führung von Truppen richten. *Die Frage der Effizienzsteigerung und Sparpolitik hängt je nach Höhe des Investitionsanteils einer Armee vor allem auch mit der Ausstattung zusammen.* Um auf diesem Feld mehr Gemeinsamkeit zu schaffen wurde 2004 die *europäische Verteidigungsagentur* gegründet, die sich vor allem um die Planung und Entwicklung des künftigen Bedarfs kümmert. Aufgrund von Strategiepapieren sollen Anforderungen an künftige militärische Fähigkeiten ermittelt und in Planungen für Entwicklungen und Beschaffungen umgesetzt werden. Es handelt sich um eine *Planungsbehörde*, die allerdings *keine Entscheidungskompetenz* über gemeinsame Rüstungsprojekte hat.

Die Behörde ist allerdings für die europaweite Ausschreibung von größeren Rüstungsbeschaffungen zuständig, die 2005 aufgrund intergouvernementaler Vereinbarung auf den Verteidigungsbereich ausgedehnt wurde.

Es zeichnet sich ab, dass der Weg zu einer gemeinsamen Armee noch sehr lang werden könnte. Es gibt zwar zahlreiche *„Inseln der Zusammenarbeit“* (Claudia Major), bei der sich eine kleine Gruppe von Staaten, oft auch nur bilateral auf eine Kooperation verständigen, wie das beim belgisch - niederländischen Marinekommando, beim Europäischen Lufttransportkommando oder dem britischen - französischen Kooperationsabkommen zur strategischen Zusammenarbeit von 2010 der Fall ist. *Es fehlt aber bisher der große europäische Wurf.*

Es ist anzunehmen, dass die Integration sich vorerst noch auf die ohnehin schon vorhandenen multinationalen Führungsstäbe beschränken könnte, denen je nach Bedarf und

Bereitschaft nationale Truppen unterstellt werden. *Diese Truppen könnten aber ungeachtet ihrer nationalen Zugehörigkeit und Befehlsgewalt ein einheitlicheres Gesicht bekommen, weil aus Gründen der Mittelersparnis die Streitkräfte nach gemeinsamen Strategien und Bedarfsplanungen gegliedert, ausgestattet und ausgebildet werden. Ein letzter Schritt zu wirklichen gemeinsamen Streitkräften wären dann möglich, wenn die politische Union Wirklichkeit wird.*

EU - Battlegroups – Integration und Krisenreaktion

Sie gelten oft als künftiger Kern einer europäischen Armee: die aufgrund einer deutsch-britisch-französischen Initiative von 2005 begründeten EU - Battlegroups. Sie sollen die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die Lage versetzen, *sehr schnell an Krisenorten präsent* zu sein, um sich an der internationalen Friedenssicherung zu beteiligen.

In regelmäßigem Wechsel der Kontingente sollen in *jedem Halbjahr zwei dieser Verbände ständig einsatzbereit* gehalten werden, um in einem Radius von 6000 km um Brüssel innerhalb von 10 Tagen verlegt werden zu können. Jede Battlegroup gruppiert sich um ein *Infanteriebataillon*, das mit zahlreichen *Unterstützungskräften* ausgestattet wird, die aus mehreren Staaten bereitgestellt werden. Eine *Frameworknation* ist in der Regel für das mobile Hauptquartier und das Infanteriebataillon verantwortlich, andere Staaten „docken sich an“. Zu den Unterstützungskräften gehören neben Fernmeldern, Logistik, Sanitätspersonal, Pionieren und Flugabwehr auch spezielle Einheiten zur Informationsgewinnung und zivilmilitärischer Zusammenarbeit.

Weitere Kräfte aus Luftwaffe und Marine sind zur Unterstützung notwendig und zugewiesen. Nicht alle „force enabler“ stehen allerdings in ständiger Abrufbereitschaft (Standby). Der allgemeine Mangel an strategischen Transportkräften wirkt sich gerade bei den Battlegroups aus. Die Zusammenstellung von je zwei Battlegroups pro Halbjahr setzt eine *aufwändige Ausbildung und ein Zertifizierungsverfahren* voraus, das natürlich auch Anlass zur Kritik bietet. *Es gilt das Prinzip der Freiwilligkeit und die Staaten finanzieren ihren Beitrag selbst.* Nicht immer konnte die Verfügbarkeit von zwei Battlegroups pro Halbjahr sichergestellt werden (z.B. im ersten Halbjahr 2011), weil Staaten nicht willens oder fähig waren, einen Beitrag zu leisten. Andererseits bietet sie gerade kleineren Staaten eine willkommene Möglichkeit, in größerem multinationalen Verbänden Einsatzerfahrung zu sammeln. Die Battlegroups werden nach regionalen Gesichtspunkten zusammengestellt. So operieren die südeuropäischen und nordeuropäischen Staaten in der Regel zusammen. I/2013 sind die Staaten des „Weimarer Dreiecks“ in der Verantwortung.

Battlegroups sind vor allem für schnelle Anfangsoperationen vorgesehen, wie zum Beispiel die Besetzung einer Pufferzone. Sie müssen aber auch in der Lage sein, eine Folgeoperation mit umfangreicheren internationalen Kontingenten vorzubereiten, aufzunehmen und übergangsweise zu führen. Aus diesem Grunde ist die Stabskomponente recht umfassend. Bei der deutschen Verantwortung für eine Battlegroup als Frameworknation im zweiten Halbjahr 2012 wurde immerhin das Kommando operative Führung Eingreifkräfte in Ulm als Hauptquartier eingesetzt. Dieser Stab ist das einzige mobile Feldhauptquartier der Bundeswehr, das teilstreitkräfteübergreifende internationale Operationen führen kann und war ursprünglich einmal ein Korpskommando. In den deutschen Rahmenbeitrag sind österreichische Logistikkräfte und Soldaten aus Mazedonien, Kroatien und Irland eingebunden. In der Stabsrahmenübung „European Endeavour 2012“ wurde die Einsatzbereitschaft zur Zertifizierung erprobt.

Bei all diesen aufwändigen Bemühungen wiegt allerdings ein Kritikpunkt besonders schwer : *Die EU-Battlegroups sind bisher noch nie zum Einsatz gekommen!*

Truppen und Hauptquartiere für Europa

Eine militärische Führungsorganisation für den Einsatz europäischer Kräfte liegt aufgrund der langen Geschichte der Integration schon vor.

Dass diesen auch in nennenswerter Zahl schon Truppenteile unterstellt sind, ist das Alleinstellungsmerkmal der *Deutsch-Französischen Brigade*, deren gemischt-nationaler Stab nach dem Prinzip der vollen Integration im badischen Mülheim beheimatet ist. Ebenfalls gemischt ist das Versorgungsbataillon am gleichen Standort. Deutschland stellt die beiden Jägerbataillone 291 Illkirch (FR), 292 (Donaueschingen), das Artilleriebataillon 295 (Immendingen, demnächst Stetten) und die Panzerpionierkompanie 550 (Immendingen). Frankreich steuert das Infanterieregiment 110 (Donaueschingen) und das Husarenregiment 3 in Metz mit Radpanzern bei. Die Brigade führt diese Kräfte schon im Frieden, die nach dem Prinzip „Single set of Forces“ gleichermaßen für Einsätze der EU und der NATO vorgesehen sind. Der Verband war auch schon im Afghanistaneinsatz. Die Brigade war bereits Ende der 80er Jahre auf Initiative von Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterand als ein Projekt zur Stärkung der europäischen Verteidigungsidentität begründet worden. Dies geschah wohl auch unter dem Eindruck der amerikanisch-sowjetischen Übereinkunft im Mittelstreckenwaffenabkommen 1987, bei dem es vor allem auch um europäische Sicherheit ging, ohne dass die Stimme europäischer Politik entscheidendes Verhandlungsgewicht hatte.

Die Brigade konnte die Regelung vieler kleiner Friktionen des Truppenalltags, die sich aus den unterschiedlichen militärischen Kulturen ergaben, erproben. So waren auch Fragen der Formalausbildung wie das Grüßen und Präsentieren oder der Weinkonsum bei der Verpflegung abzustimmen. Die Brigade hat alle Transformationen der Bundeswehr bisher unbeschadet überstanden, weil sie als zukunftsweisend gilt. Sie steht als Symbol für die sicherheitspolitische Verpflichtung Frankreichs und Deutschlands als Motor der Integration. Diese Kooperation ist vor allem auch deshalb eine Klammer Europas, weil sie zwei regional verschiedene Gruppen von Staaten mit eigenen Interessen und Kulturen vertritt und den Norden und Süden des Kontinents gleichermaßen repräsentiert.

Als Folgegründung entstand ab 1992 das *Eurokorps* in Straßburg, dem anfangs auch Divisionen fest zugeordnet waren. Belgien trat dem Korps bei, weil es als Folge des allgemeinen Truppenabbaus alleine kein eigenes Korps mehr unterhalten konnte, Soldaten aber auch auf dieser Führungsebene in Übung halten und beteiligen wollte. Aus einem Großverband ist das Eurokorps mittlerweile in ein internationales Hauptquartier verwandelt worden, in dem verschiedene Nationen repräsentiert sind, dem aber auch keine eigenen Divisionen mehr unterstehen. Kontingente werden je nach Bedarf und Bereitschaft unterstellt. Das Hauptquartier steht gleichermaßen für Einsätze der NATO, EU, UN oder OSZE zur Verfügung. So war der Stab auch schon für die NATO-Eingreiftruppe NRF und das ISAF-Kommando in Afghanistan zuständig und ist kein exklusiv europäischer Verband.

Als Vorreiter der Integration gilt das *deutsch-niederländische Korps* in Münster. Wie die Belgier konnten auch die Niederländer in den 90er Jahren im Zuge der „Friedensdividende“ ihre Landstreitkräfte nicht mehr in Korpsstärke mit zwei Divisionen unterhalten. Das wiedervereinigte Deutschland hätte aufgrund der Gleichzeitigkeit des Truppenabbaus auf 370.000 und später noch weit weniger Soldaten und des Aufbaus der Bundeswehr im Osten, den Stab des I. Korps in Münster, der einst den größten Truppenkörper in der NATO führte, nicht mehr halten können. So bot sich eine Kooperation an, in die jeder Partner eine Division und das Korpspersonal einbrachte. Zahlreiche detailliert ausgehandelte Regularien sorgten für ein Zusammenwachsen des Korps D/NL zu einer wegweisenden Integration mit weit reichenden binationalen Befehlskompetenzen und Hoheitsaufgaben. Das Kommando verlor später zwar mangels Masse die Verfügung über seine beiden Divisionen, dafür präsentiert

heute vor dem Hauptquartiergebäude in Münster ein Wald von Flaggen die wachsende Internationalität. Das Kommando mit Soldaten aus vielen Nationen ist in den fast zwei Jahrzehnten seines Bestehens mehrfach für Führungsaufgaben aller Art und an allen Orten qualifiziert und zertifiziert worden.

Eine Neuaufstellung war das *Korps Nordost* in Stettin, das deutsche und polnische Truppen unter einem Dach zusammenführte und den Dänen die Teilhabe an der Führungsebene Korps bot. Der Schwerpunkt hat sich mittlerweile aufgrund dänischer Zurückhaltung zu Deutschland und Polen verschoben und weist dem Stab eine Schlüsselstellung bei der Einbindung der neuen Partner im Osten zu. Wie bei den anderen Stäben sind auch hier die unterstellten Großverbände wieder aufgelöst bzw. einem zentralen nationalen Kommando unterstellt worden, das den internationalen Hauptquartieren auf Anfrage bei Einsätzen Truppenmodule zuteilt.

Somit bleibt die deutsch - französische Brigade der einzige präsenste europäische Verband mit dauerhaft organisch eingebundenen eigenen Truppen. Die Hauptquartiere in Münster, Straßburg, Stettin und Ulm verfügen nur über eigene Stabsunterstützungs- und Fernmeldebataillone.

Ein Hauptquartier besonderer Qualität ist das *Kommando operative Führung Eingreifkräfte* in Ulm. Hervorgegangen aus dem ehemaligen Stab des II. Korps wurde es zum einzigen nationalen *mobilen* Hauptquartier der Bundeswehr, das teilstreitkraftübergreifende Führungsaufgaben für verschiedenste Einheiten im In- und Ausland wahrnehmen kann. Es entlastet so das übergeordnete zentrale Einsatzführungskommando in Potsdam, das die *oberste nationale* Führung der Bundeswehr in enger Anlehnung an die politische Führung von einem *stationären* Hauptquartier nahe der Hauptstadt aus wahrnimmt.

Neben einer zentralen operativ-taktischen Führungsaufgabe in nationalem Auftrag könnte das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm auch die Funktion eines weltweit verlegefähigen europäischen Einsatzhauptquartiers im gesamten Spektrum der Petersberg - Aufgaben wahrnehmen. Dieses Angebot der Bundesregierung an die EU stieß allerdings bisher auf Zurückhaltung bei den anderen europäischen Mittelmächten.

Bei der Einbindung von Führungspersonal aus vielen Mitgliedsstaaten der NATO und EU ist besonders die Teilhabe Österreichs zu unterstreichen, das den Posten des stellvertretenden Chefs Einsatzunterstützung besetzt.

Zu den Aufgaben des Kommandos gehört auch die Vorbereitung und Führung von EU - Battlegroups. Unter dem Logo „European Endeavour 2012“ wurde eine Zertifizierungsübung durchgeführt, welche die Einbindung von Soldaten aus Österreich, Mazedonien, Kroatien und Irland in den deutschen Rahmenverband (Framework) für eine Battlegroup im zweiten Halbjahr 2012 vorbereitete. Neben der Führungsorganisation des Kommandos Operative Führung Eingreifkräfte wurden von deutscher Seite Gebirgsjäger für den infanteristischen Rahmenverband abgestellt.

Im Organigramm des Ulmer Stabes sind für die Vernetzung ziviler und militärischer Komponenten des Konfliktmanagements im Sinne eines „comprehensive approach“ und „zivilmilitärischer Zusammenarbeit (ZMZ) entsprechende Stabsstellen vorgesehen. Ein weiteres Element der Stabsstruktur stellt eine Abteilung für Kompetenzerwerb und -erhaltung dar. Immerhin gilt es, das Führungs - Knowhow für alle Teilstreitkräfte unter Einbindung internationaler Strukturen zu pflegen und weiterzuentwickeln. Bei der Zertifizierungsübung „European Endeavour 2012“ übte das Kommando Zusammenarbeit auf fünf Ebenen der militärischen und politischen Führung unter Einbeziehung des Hohen

Vertreters der EU für Außen und Sicherheitspolitik (Lady Catherine Ashton), des politischen und sicherheitspolitischen Komitees, des EU - Militärstabs, des Einsatzführungskommando der Bundeswehr und eines italienischen Feldhauptquartiers, das ebenfalls für derartige Einsätze zertifiziert ist.

Sofern der politische Wille zum Einsatz eigener militärischer Mittel vorliegt, kann sich die EU auf funktionierende, bewährte und gewachsene militärische Stabsstrukturen abstützen! Wie aber sieht es mit der Wirklichkeit von integrierten Zusammenarbeit beim Truppeneinsatz unterhalb der politisch militärischen Führungsorganisation aus?

„Pooling“ in der Praxis – Das europäische Lufttransportkommando

Dass *im täglichen Betrieb durch Pooling schon jetzt Geld gespart* werden kann, beweist das Beispiel *des Europäischen Lufttransportkommandos in Eindhoven (NL)*, das die Einsatzkontrolle über knapp 200 Flugzeuge mit ca. 70.000 Jahresflugstunden aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden ausübt. Italien und Großbritannien hatten ursprünglich Interesse bekundet, sind aber noch nicht beteiligt. Transportflugzeuge vom Typ C-160 Transall und C-130 Hercules und verschiedene Düsenverkehrs- und Tankflugzeuge *bleiben zwar weiterhin Bestandteil der nationalen Luftwaffen und werden von diesen unterhalten, das Kommando sorgt aber für einen effizienten gemeinsamen Einsatz.* Bezüglich spezieller nationaler Einsätze wie Evakuierung, Einsatz von Spezialkräften und den Regierungsflugbetrieb gibt es weiterhin nationale Vorbehalts- und Zugriffsrechte, aber im täglichen Transportflugbetrieb werden alle Teilnehmerstaaten vom Kommando bedient. Die deutsche Luftwaffe konnte so das Lufttransportkommando in Münster auflösen und Restführungsaufgaben z.B. SAR beim operativen Luftwaffenhauptquartier in Kalkar und beim Führungskommando der Luftwaffe (Köln, künftig Berlin-Gatow) unterbringen. *Es wäre folgerichtig, die sehr nachgefragte knappe Ressource Hubschraubertransport auf gleiche Weise europäisch zu „poolen“.*

Die Gent - Initiative – Realistische Wege zur vertieften Kooperation

Durch eine deutsch-schwedische Initiative formulierten verschiedene EU - Staaten in Gent 2010 ein Projekt zur Einleitung einer vertieften militärischen Kooperation, die sich am Machbaren orientiert. *Die Gent - Initiative sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten zuerst ihre vorhandenen militärischen Fähigkeitenpotentiale systematisch analysieren und klären, auf welchen Gebieten ein Verzicht auf eigene Fähigkeiten zugunsten eines abgestimmten Sharings und gemeinsamen Poolings möglich ist.* Die militärischen Fähigkeiten werden nach drei Kategorien beurteilt. Unter die *erste Kategorie* fallen alle Fähigkeiten, die unbedingt auf nationaler Ebene verfügbar bleiben sollen. Dabei handelt es sich vor allem um Einsatzkräfte für Kampf, Kampfunterstützung und Aufklärung. In der *zweiten Kategorie* wäre eine größere Abhängigkeit von Partnern oder Pools vertretbar. Dazu gehören Versorgung, Transport und Ausbildung. Die größte Abhängigkeit will man bei den der *dritten Kategorie* zugeordneten Potenzialen zur Weiterentwicklung militärischer Kompetenzen in der Zukunft zulassen. Das können z.B. Forschungseinrichtungen, Truppschulen oder Erprobungsstellen sein. *Bei der Entwicklung neuer Fähigkeiten, die man noch nicht hat, ist sicher die größte Kooperationsbereitschaft zu erwarten, da man hier weniger Rücksicht auf schon vorhandene Strukturen und Interessen nehmen muss und die Finanzierung großer Zukunftsvorhaben ohnehin kaum noch national zu realisieren ist.* Drohnen und Militärroboter dürften sich hier als Arbeitsfelder anbieten.

Organisation der Kooperation gemäß der Gent-Initiative 2010

Ziele der Kooperation: höhere militärische Wirksamkeit, mehr Kosteneffektivität vor dem Hintergrund von Budgetkürzungen

Vorgehensweise: Analyse der nationalen militärischen Fähigkeiten und Einteilung in drei Kategorien

Kategorie 1: national Verfügbarkeit unverzichtbar, Abhängigkeiten von Partnern problematisch (Kampf, Kampfunterstützung, Information, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe)

Kategorie 2: engere Kooperation möglich, Abhängigkeit von Partnern in Grenzen vertretbar (stationäre Versorgung, strategischer und taktischer Transport, operative Ausbildung)

Kategorie 3: höhere Abhängigkeit in einem internationalen Rahmen von arbeitsteiliger Kooperation bei gemeinsamen Einsätzen vertretbar (Kapazitäten zur Entwicklung und Ausbildung langfristiger militärischer Fähigkeiten)

Instrumente: Pooling (Nutzung gemeinsamer Fähigkeiten) und Sharing (Bereitstellung eigener Fähigkeiten für Partner)

Bei der Übersicht über die bevorzugten Arbeitsgebiete der Gent - Initiative wird deutlich, dass es weniger darum geht, militärische Einsatzkräfte zu fusionieren als vielmehr Unterstützungskräfte gemeinsam zu nutzen und Planung, Führung und Ausbildung zu vereinheitlichen. *Das heißt, die kooperationswilligen Staaten werden noch lange ihre eigenen Truppen behalten, sie werden aber einander immer ähnlicher werden.*

Bevorzugte Arbeitsgebiete der Kooperation laut Gent-Initiative

- Harmonisierung der militärischen Anforderungsprofile
- Gemeinsame Entwicklung und Beschaffung (geschlossenes Auftreten gegenüber Anbietern)
- Gemeinsame Ausbildung und Übungen
- Gemeinsame Führungsstrukturen und -verfahren
- Gemeinsamer Betrieb von kostenintensiven Fähigkeiten (strategische Aufklärung, strategischer Transport)

Wer macht was? Arbeitsteilung bei der Weiterentwicklung der Landstreitkräfte einiger Mitgliedsstaaten in den Kernstaaten der europäischen Union.

Ausgehend von der Anregung des SPD-Vorsitzenden Gabriel bei den 8. Petersberger Gesprächen, die Staaten des „*Weimarer Dreiecks*“ (Frankreich, Deutschland, Polen) als Integrationsmotoren auf der Basis des Konzepts der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ voranschreiten zu lassen, ergeben sich interessante Perspektiven für die Arbeitsteilung bei der grundlegenden Konzeption ihrer Streitkräfte in der Zukunft.

Bei den laufenden Transformationen der Heere unserer westlichen Partner Frankreich und der möglichen „Andockpartner“ Belgien und Niederlande ist ein *Trend zur „Demechanisierung“ zugunsten leichter mobiler Kräfte* zu beobachten. Ein aktuelles Gliederungsbild des französischen Heeres lässt erkennen, dass die leicht gepanzerten Kräfte deutlich überwiegen. Dagegen ging die Zahl der Panzerverbände zurück und der Kampfpanzer Leclerc wartet auf eine Modernisierung. Die belgische Armee hat auf Kettenfahrzeuge ganz verzichtet und setzt nur noch auf Radpanzer. Dass Belgien eine lange Tradition luftbeweglicher Kräfte hat, ist durch die zahlreichen historischen Einsätze seiner Fallschirmjäger hinlänglich bekannt. Die Niederlande haben zwar ihre Panzergrenadiere noch mit einem Modell aus der CV-90-Familie modernisiert, ihre letzten beiden Kampfpanzerbataillone mit Leopard II wurden aber deaktiviert und es bleibt nur noch ein Bataillon mit Panzerhaubitzen 2000. Die Niederlande lassen dagegen ihre luftmobile Brigade und das Korps der Marineinfanterie (Korps Mariniers) weitgehend unangetastet.

Die Bundeswehr verstärkt in ihrer Planung zwar die Jägerkräfte, stockt aber auch die Panzergrenadiertruppe auf und führt mit dem Puma einen neuen Kampfschützenpanzer ein. Die Panzertruppe und Panzerartillerie wird nach der Zahl der Verbände zwar noch einmal reduziert, aber ein Kern von Kräften bleibt hier erhalten und kann durch Kaderverbände wieder aufgestockt werden. In der polnischen Armee sind noch aus den Altstrukturen der Warschauer Pakt-Ära mechanisierte Kräfte mit Panzern und Schützenpanzern erhalten geblieben. *Warum sollte nicht in deutsch-polnischer Kooperation das Konzept der verbundenen Waffen mit dem Schwerpunkt bei den auch bei intensiven Gefechten einsetzbaren gepanzerten Truppen erhalten und weiter entwickelt werden, während die westlichen Nachbarn die mobilen leichten Kräfte als Schwerpunktbeitrag für eine europäische Militärpolitik bereit stellen?*

Frankreich, Belgien und die Niederlande könnten eine *luftmobile Division* mit Fallschirmjägern und Kampfhubschraubern formieren. Die Bundeswehr könnte ihre luftmobilen Kräfte weiter reduzieren und für nationale Einsatzoptionen nur das Kommando Spezialkräfte beibehalten. Im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Militärdienstes sollte eine Fallschirmjägerkarriere motivierten deutschen Bewerbern auch bei den Nachbararmeen möglich gemacht werden. Die Bundeswehr würde gemeinsam mit dem polnischen Partner in der Mitte Europas einen Heeresbeitrag leisten, der ihrer *traditionellen Schwerpunktsetzung als mechanisierter Kern der europäischen Verteidigung* entspricht. In einer Freiwilligenarmee sollte eine vielseitige breite militärische Grundausbildung den Einsatz von Panzergrenadieren und Panzersoldaten auch in rein infanteristischen Auslandseinsätzen ermöglichen.

Der lange Weg zu einer gemeinsamen Ausrüstung

Wie weit der Weg noch zu einer einheitlichen Ausstattung ist, zeigt schon ein aktueller Blick auf die grundlegende *infanteristische Bewaffnung der europäischen Armeen*. Die Vielfalt ist erheblich größer als bei den Großsystemen. Keine Armee gleicht hier der anderen. Die Palette der Gewehre reicht von deutschen Produkten aus dem Hause Heckler und Koch, über die belgischen FN - Gewehre zum FAMAS aus Frankreich, den italienischen Berettas und den österreichischen Sturmgewehren von Steyr bis zu den AK-47 Ableitungen bei den östlichen Partnern, um nur einige zu nennen.

Bei den *Kampfpanzern* bestimmt in vielen europäischen Armeen der deutsche Leopard II den Ausrüstungsstandard dieser stark verkleinerten Waffengattung, aber die größeren Staaten Frankreich, Großbritannien und Italien betreiben in ihren verbliebenen Panzerbataillonen mit den Typen Leclerc, Challenger und Ariete noch jeweils ein nationales Unikatmodell.

Nachdem in der NATO-*Artillerie* lange die US-Modelle M 109 und M110 das Bild prägten, konkurrieren heute die deutsche Panzerhaubitze 2000 mit der britischen AS 90 und dem französischen auf LKW verlasteten Geschützsystem Caesar. Immerhin betreiben mehrere Staaten das amerikanische Raketenartilleriesystem MLRS (bei der Bundeswehr als MARS bekannt). Bei den *Schützenpanzern* gibt es viele nationale Einzelmodelle, die allerdings zum Teil Gemeinsamkeiten aufweisen wie die CV-90 in Schweden, Finnland, Norwegen und den Niederlanden, dem österreichischen Ulan und italienisch-spanischen Dardo. Hier sind der deutsche Marder bzw. sein Nachfolger Puma und der britische Warrior Unikate.

Bei den *gepanzerten Radfahrzeugen* gibt es eine noch größere Vielfalt. Die schon in der Bundeswehr recht bunte Palette von geschützten Fahrzeugen wie Boxer, Fennek, Fuchs, Dingo, Duro, Mungo und Eagle, setzt sich in Europa mit den verschiedenen Varianten des

schweizerischen Herstellers MOWAG, dem finnischen Sisu und dem österreichischen Pandur fort. Bei der *LKW-Ausstattung* sind die jeweils im eigenen Land ansässigen Produktionsanlagen nationaler oder internationaler Anbieter wichtiges Auswahlkriterium mit entsprechender Vielfalt bei internationalen Übungen. Die britische Armee hat sich allerdings als Folge der Deindustrialisierungspolitik auf der Insel für die Einführung von geländegängigen LKW aus dem Hause MAN entschieden.

Naturgemäß ist die Zahl neuer Modelle bei Luftfahrzeugen deutlicher geringer als bei Landsystemen, trotzdem werden auch nach der Ausmusterung älterer Flugzeugmuster künftig am europäischen Himmel immer noch *vier Kampfflugzeugtypen* mit Hoheitsabzeichen europäischer Nationen fliegen. Der *Eurofighter* wird als Kooperationsprojekt in Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien eingeführt. Österreich beteiligte sich mit einer umstrittenen Beschaffung von achtzehn Maschinen, die ursprünglich für die Bundesluftwaffe vorgesehen waren. Frankreich führte seine *Rafale* in vielseitiger Verwendung als Jäger, Jagdbomber, Nuklearträger und Trägerflugzeug für maritime Rollen ein. Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen und Dänemark votierten für die Beschaffung der sehr komplexen und kostspieligen amerikanischen *F 35*. Bei weniger zahlungskräftigen kleineren Staaten wie Tschechien, Ungarn oder Kroatien (und der neutralen Schweiz) kommt die schwedische *Gripen* zum Zuge, die ebenfalls über eine moderne avionische Auslegung verfügt, aber aufgrund ihrer geringeren Größe und Einmotorigkeit Abstriche bei Nutzlast und Reichweite machen muss.

Die europäischen Armeen leisten sich auch *drei verschiedene Kampfhubschrauber*: den deutsch-französischen Tiger, den amerikanischen Apache in Großbritannien und den Niederlanden und die italienische Mangusta. Die deutschen und französischen Tiger sind auch noch unterschiedlich ausgestattet. Kostensteigerungen führten bei der Bundeswehr zu einer Halbierung der Stückzahl auf 40. Man mag an dieser Stelle fragen, ob die Bundeswehr im Sinne einer Arbeitsteilung auf eine luftmobile Gefechtskomponente nicht ganz verzichten sollte, sofern ihre Partner hier in den Einsatzgebieten als sichere Lückenfüller anzusehen sind. Deutsche Konvois in fernen Einsatzgebieten sind auf Begleitung von Kampfhubschraubern angewiesen.

Bei den *Marinen* setzt sich diese Vielfalt fort und ist mit Blick auf die Interessen an den nationalen Wertindustrien bei den schwimmenden Plattformen kaum zu bereinigen. Eine größere Einheitlichkeit wird hier eher bei der gemeinsamen Beschaffung und Betrieb von Bewaffnung und Ausstattung zu erreichen sein.

Dabei sind Luft- und Seestreitkräfte aufgrund ihrer Mobilität für Pooling und Sharing besonders geeignet. Ein Ansatz zu mehr Kosteneffizienz könnte darin bestehen, dass die Luftwaffen ihre verschiedenen Flugzeugmuster arbeitsteilig einsetzen. Die Rafale stünde auch als Trägerflugzeug zur Verfügung und könnte nach Ausmusterung des Tornado als einziger nuklearfähiger Jagdbomber in Europa übrig bleiben. Der Eurofighter war von deutscher Seite primär als Jäger konzipiert und hat in dieser Rolle bei der Bundesluftwaffe auch erste Einsatzreife erlangt. Der Erwerb einer Jagdbomberfähigkeit bei den Eurofightern der deutschen Luftwaffe zieht sich noch hin, während die britische Luftwaffe sie schon besitzt. *Man könnte den Briten und Franzosen diese Strike-Rolle überlassen und sich bei der Luftwaffe auf die Jägerrolle in Europa konzentrieren.*

Es mehrt sich die Einsicht, dass nicht mehr jeder Staat in Europa eine eigene Luftwaffe unterhalten kann und das *NATO-Airpolicing* im Baltikum und Slowenien (s.u.) zeigt, dass beim Vorhandensein von über 2000 Kampfflugzeugen in Europa eine *Internationalisierung der europäischen Luftverteidigung* möglich sein sollte.

Bildung von Pools bei den Kampfunterstützungstruppen

Zu den besonders reduzierungs-trächtigen Waffengattungen der letzten Jahre gehörte die *Artillerie*. Die Auslandseinsätze der vergangenen Jahre ließen den Träger des Feuerkampfes in den Hintergrund treten. Sperrfeuer gegen massierte Angriffskräfte ist aus den Einsatzszenarien verschwunden und zunehmend von der Option auf eine selektive präzise Bekämpfung ausgewählter Einzelziele abgelöst worden. Dafür genügen meist wenige Haubitzen und Raketenwerfer. So gehören heute Artilleriesysteme nicht mehr organisch zu jedem Großverband. Europaweit böte sich unter deutscher Regie ein Pool von Panzerartilleriekräften an, der durch die Waffensysteme Panzerhaubitze 2000 und die kampfwertgesteigerten Raketentwerfer MARS und das Artillerieführungsinformationssystem ADLER bestimmt würde. Andere Betreiber von Panzerhaubitze 2000 und MARS könnten ihre verbliebenen Einheiten anschließen.

Bei den *Pionieren* verschob sich der Schwerpunkt zunehmend zum Baueinsatz, Feldlagerbetrieb und zur Kampfmittelbeseitigung. Dagegen wurden viele Einheiten der Brückenpioniere aufgelöst, da sie primär für den Erhalt der Bewegungsfreiheit in einem europäischen Konflikt benötigt wurden. Zur Erhaltung einer Restoption für den Bau von Kriegsbrücken böte sich ein *deutsch-britischer Pool der mobilen M3-Amphibienbrücken* an.

In der Bundeswehr ist aus Kostengründen mit der *Heeresflugabwehr* eine ganze Waffengattung aufgelöst worden, weil die Planer einen Konflikt mit einem Hochwertgegner mit starken Luftstreitkräften für unwahrscheinlich halten. In ganz Europa ist die Luftverteidigung im Nahbereich arg ausgedünnt und besteht meist nur noch aus mobilen Fliegerfaustsystemen. Eine derartige kleine Restfähigkeit mit dem System Ozelot musste das deutsche Heer an die Luftwaffe übertragen. Auch hier könnten Pooling - Lösungen dafür sorgen, dass europäische Heereskräfte und Stützpunkte in den Einsatzgebieten nicht ganz ohne eigenes Dach bleiben.

Ein weites Feld für gemeinsam betriebene Fähigkeiten böten sich bei den *querschnittlichen Teilen der Logistik* an. Munition und Betriebsstoff sind oder werden standardisiert. Schwerlasttransporter sind noch in größerer Zahl vorhanden, wurden aber meist gekadert. Der Nachschub und Transport von Mengenverbrauchsgütern und schwerem Gerät in den Einsatzgebieten könnte sich auf gemeinsam betriebene Tankfahrzeuge, Wechselpritschen-LKW und Tieflader abstützen.

Angesichts der Tatsache, dass Medizin eine internationale Disziplin ist, bietet sich an, die bei Auslands- und Katastropheneinsätzen unverzichtbaren *mobilen Sanitätskräfte* (Lazarette) in einem europäischen Pool zusammenzuführen. Italien hat eine entsprechende Initiative auf den Weg gebracht.

Sharing in der bodengebundenen Luftverteidigung

Weniger aufgrund weitsichtiger Planung als durch Kürzungen kam es in Kerneuropa de facto zu einer Sharing – Lösung, bei der nur noch zwei Staaten eine militärische Fähigkeit für das Bündnis bereitstellen können: die *bodengebundene Luftverteidigung durch Flugabwehrraketen größerer Reichweite*. Mit dem Ende des Flugabwehrraketengürtels als Folge der politischen Wende verschwanden auch immer mehr Flugabwehrraketeneinheiten. Nur in der *deutschen und niederländischen Luftwaffe* (und Griechenland) gibt es noch eine kleine Zahl von Batterien mit dem System *Patriot*, das auch ballistische Raketen taktischer Reichweite abwehren kann. In den vergangenen Jahren übten Deutsche und Niederländer vor allem den Schutz von Einsatzkräften gegen Angriffe aus der Luft. Im Rahmen der neuen NATO - Ausrichtung auf eine Raketenabwehr wird dieses System auch wieder für den Schutz

des europäischen Heimatgebietes interessant, vor allem für den Kompetenzerhalt dieses militärischen Spektrums und Vorbereitung auf in Zukunft zu beschaffende neue Systeme.

Rüstungskooperation – Fluch oder Segen

Das ungewisse Schicksal des für Patriot geplante Nachfolgesystem MEADS beleuchtet ein besonders schwieriges Kapitel der militärischen Kooperation, die gemeinsame *Entwicklung, Beschaffung und der Betrieb von Rüstungsgütern*. Diese Kooperationsprojekte haben in der Allianz eine sehr lange Tradition mit vielen Höhen und Tiefen. Positivbeispiel ist sicher das Kampfflugzeug Tornado, aber zur Zeit sind viele Projekte ins Gerede gekommen, weil sie nicht den Leistungsanforderungen entsprechen oder ihre Einführung sich verzögert: Der Militärtransporter A 400 M, der NATO-Hubschrauber 90 und die deutsche Kampfhubschrauberversion Tiger lassen auf sich warten. MEADS soll von den USA, Deutschland und Italien zu Ende entwickelt werden, aber eine Beschaffung ist im Augenblick nicht vorgesehen.

Die zahllosen Kooperationsvorhaben beruhen auf bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen, aber nicht auf bündnisweiter einheitlicher Planung. Partner mit gemeinsamen Beschaffungsinteressen finden sich oder trennen sich auch wieder, bevor es zu einem erfolgreichen Ende kommt. Es entstand ein *Flickenteppich von Rüstungsprojekten*, der zu einer größeren Systemvielfalt führte als zu den Zeiten, als man vor allem in den USA kaufte. Oft belasteten nachgereichte nationale Spezialforderungen von Einzelpartnern die Gemeinschaftsprojekte, so dass ausgelieferte Systeme nicht gleich ausgelegt waren.

Gemeinsame Rüstung nach gemeinsamer Planung – Die Schwerpunkte der europäischen Verteidigungsagentur.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass eine einheitliche Ausrüstung eine gemeinsame Bedarfsplanung voraussetzt. Zu diesem Zweck wurde die europäische Verteidigungsagentur (s.o.) geschaffen. Oft scheitert die Kooperation schon an Details bei Schnittstellen, wenn zum Beispiel Waffenaufhängungen an Flugzeugen nicht einheitlich sind und von Partnern im Notfall gelieferte Munition nicht eingesetzt werden kann. Derartige Standardisierungsarbeiten sind schon lange Arbeitsgebiete in der NATO und hier wird auch die europäische Rüstungsagentur tätig. *Ihre Hauptaufgabe ist es aber den künftigen Ausrüstungsbedarf aufgrund von Prognosen zu den Fähigkeitsprofilen in der Zukunft zu ermitteln und Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei Entwicklung und Beschaffung zu planen.* Was der Behörde fehlt, ist die Entscheidungskompetenz für eine gemeinsame Beschaffung. Das bleibt nationalen Entscheidungen und der intergouvernementalen Abstimmung überlassen. Ein Blick auf die Arbeitsschwerpunkte der europäischen Verteidigungsagentur zeigt, *dass weniger die „schweren“ Gefechtssysteme als die sogenannten „force enabler“ und „force multiplier“ im Mittelpunkt stehen.* Diese Unterstützungsfähigkeiten sind unverzichtbar, bestimmen das Selbstwertgefühl der nationalen Streitkräfte aber in einem geringeren Maße und werden eher an eine internationale Ebene abgetreten.

Schwerpunkte der European Defence Agency
Kooperationssteuerung und Impulssetzung bei..

- Pilotentraining (Flugzeuge, Helikopter)
- Satellitenkommunikation (Betrieb vorhandener und Aufbau neuer Systeme)
- Seeraumüberwachung und maritime Lagerdarstellung
- Satellitenkommunikation (verstärkter Bedarf durch Drohneneinsatz)
- Mobile Sanitätsversorgung
- Lufttransport und Luftbetankung (auch für Drohnen)
- Aufklärungs- und Informationssysteme

- Intelligente Präzisionsmunition (Bevorratung, Neuentwicklung)
- Maritime Ausbildung und Logistik (-> Operation Atalanta)

SAR-Lupe – Eine erfolgreiche bilaterale Kooperation?

Eine meist positive Bewertung erfährt das gemeinsame deutsch - französische Projekt eines *gemeinsamen Satellitenaufklärungssystems*. Das System SAR-Lupe garantiert den europäischen Partnern eine eigenständige Aufklärung aus dem Weltall unabhängig von dem großen Partner jenseits des Atlantiks. Es bleibt aber kritisch zu hinterfragen, *ob ein derartig aufwändiges System nicht eher eine Aufgabe des atlantischen Bündnisses ist. Allerdings setzt dies ein gegenseitiges Vertrauen in die uneingeschränkte Zusammenarbeit in jeder politischen Situation voraus. Jeder Staat in der atlantischen und europäischen Allianz muss Zugang zu den Aufklärungsdaten haben.*

Erfolgreiches Pooling seit 1982: Die AWACS - Flotte der NATO

Die Problematik der gegenseitigen Abhängigkeit beim Pooling wurde jüngst bei einem an sich sehr erfolgreichen Beispiel für dieses Kooperationsmodell deutlich. Seit 1982 steht innerhalb der NATO auf der Basis Geilenkirchen *eine gemeinsam betriebene Frühwarnflotte* von Luftraumüberwachungsflugzeugen zur Verfügung. Bei dem Einsatz in Libyen 2011 wurde die Einsatzfähigkeit dieser Komponente eingeschränkt als laut Beschluss der Bundesregierung deutsche Besatzungen nicht zum Einsatz kommen durften. Das Vorhandensein von eigenen nationalen AWACS - Flugzeugen in Frankreich und Großbritannien belegt, dass das gegenseitige Vertrauen schon vorher nicht bedingungslos vorauszusetzen war.

Ausbildung als bevorzugtes Feld der Kooperation

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein gemeinsamer militärischer Betrieb von einsatzwichtigen Komponenten nur sicherzustellen ist, wenn die Einsatzentscheidungen nicht mehr nationalen Vorbehalten unterliegen, sondern auf eine Sicherheitsunion verlagert worden sind. Supranationale Divisionen und Brigaden sind deshalb vorerst nicht realistisch.

Die nationale Souveränität wird deutlich weniger berührt, wenn sich Nationen bei der militärischen Ausbildung auf gemeinsame Lösungen mit Partnern verlassen. Hier werden von Deutschland eine Reihe von Kooperationen angeboten. Die Heeresfliegerwaffenschule in Bückeburg könnte zu einem europäischen Hubschrauberzentrum ausgebaut werden und die Panzertruppenschule in Munster ist schon heute ein Zentrum der internationalen Ausbildung gepanzerter Kampftruppen im Gefecht der verbundenen Waffen. In Kiel besteht ein maritimes Kompetenzzentrum der NATO für Küstenkriegführung, die sich auf die jahrzehntelange Erfahrung der Deutschen Marine im Bereich der Schnellboot- und Minenabwehreinheiten stützen kann. Hinzu kommt die besondere deutsche Expertise im Bereich der konventionellen U-Bootwaffe. Das Potenzial der Panzerhaubitze 2000 zu einem internationalen Artilleriewaffensystem begünstigt auch Kooperationen bei der Artillerieausbildung.

Bildung eines gemeinsamen Ausbildungspools mit deutscher Beteiligung:

- Europäische Führungsakademie
- Taktische und operative Ausbildungszentren
- Fliegerische Ausbildungszentren
- Technische Schulen der Teilstreitkräfte
- Kampftruppenschulen
- Schulen für Kampfunterstützung (Art, Pi)
- Schulen für Spezialkräfte

- Ausbildungszentren für Minenabwehr, U-Bootabwehr, Schiffssicherheit, Luftverteidigung
- Truppenübungsplätze, Gefechtsübungszentren und Erprobungsstellen

Vision einer europäischen Luftwaffe und Marine

Langfristig darf aber auch die Bildung gemeinsamer Streitkräfte nicht aus den Augen verloren werden. *Der Druck auf die wirtschaftlichen Ressourcen legt nahe, bei den besonders kostenträchtigen Luft- und Seestreitkräften zu beginnen.* Ihre Einsatzräume und –aufträge sind mehr noch als bei den Landstreitkräften nicht an Grenzen gebunden.

Eine *europäische Luftwaffe* könnte so aussehen: Die Einsatzführung sollte sich auf gemeinsame stationäre und mobile Komponenten (Gefechtsstände, Radaranlagen, Fernmeldeeinrichtungen) abstützen, die einem *europäischen Luftwaffenkommando* unterstellt sind, das die Kräfte für die gemeinsame europäische Luftverteidigung ebenso führt wie die Module für Luftangriff und Unterstützung in den Einsatzgebieten in allen Teilen der Welt. Analog zu den Transportfliegern im europäischen Lufttransportkommando können viele europäischen Luftwaffen ihre *taktischen Kampfgeschwader in einem gemeinsamen Pool zusammenfügen, aus denen das Luftwaffenkommando die Einsatzpakete für die Luftraumüberwachung, Luftverteidigungs- und Luftangriffsoperationen zusammenstellen kann.* Schon heute übernehmen im Rahmen der NATO Luftwaffenstaffeln aus dem gesamten Bündnisbereich die Luftraumüberwachung in den baltischen Staaten, über Island und Slowenien, weil diese Staaten auf die Unterhaltung eigener Kampfflugzeuge verzichten. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe könnte ein *europäischer Jagdbomberverband speziell für nukleare Einsatzoptionen im Rahmen der NATO* bereit gehalten werden.

Kleinere Einsatzpools können *Spezialfähigkeiten* als Sharing - Beiträge wie die *bodengebundene Flugabwehr mit Raketen* und die *Nahbereichsverteidigung* wichtiger Objekte zusammenfassen, die nach Bedarf im europäischen Raum und in die Einsatzgebiete verlegt werden können. Dazu könnte auch ein Pool mit Hubschraubern für *den bewaffneten Such- und Rettungsdienst (CSAR)* gebildet werden, so dass nicht jeder Staat diese Fähigkeit für sich entwickeln muss.

Taktische Aufklärungsflugzeuge und Drohneneinheiten könnten in europäischen Geschwadern zusammengefasst werden. *Im Bereich der Drohnenutzung betreten viele europäische Armeen Neuland. Der Fähigkeitsaufbau ist noch nicht abgeschlossen und es bestehen noch keine festen Strukturen. Es bietet sich an, das Neuland europäisch zu gestalten und statt nationaler Drohnestaffeln mit Versuchscharakter gleich europäische Drohngeschwader zu schaffen.*

Ein *logistisches Kommando* fasst die Werft- und Depotkapazitäten zusammen und zentralisiert die Kooperation aller Luftwaffen mit der Industrie bei der Materialerhaltung. Bei der *Ausbildung* sind gemeinsame Strukturen bei Luftwaffen aufgrund vieler gleicher Systeme möglicherweise schneller zu realisieren als bei Land- und Seestreitkräften.

Analog dazu könnte auch eine *europäische Marine* unter einem gemeinsamen Kommando zusammengeführt werden. Im Mittelpunkt steht sicher *ein Pool von Fregatten* aus allen Staaten, die zu dieser ständigen strukturierten Zusammenarbeit bereit sind. Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien könnten ihre wenigen *Flugzeug- und Hubschrauberträger* in einer Trägergruppe als Sharing - Beitrag zusammenfassen.

Die konventionellen U-Boote der Klasse U-212 in Deutschland und Italien könnten zusammen mit den niederländischen Walrus-Booten eine *U-Bootgruppe* für Aufklärungseinsätze bilden. Die Anrainer von Ostsee und Ärmelkanal stellen ihre restlichen *Minenabwehreinheiten* in

einen Pool und Deutschland unterhält mit den Partnerstaaten in der Ostsee eine gemeinsame Flottille von *Korvetten* für küstennahe Überwachungs- und Kampfaufgaben. Großbritannien, die Niederlande und Italien steuern ihre *Marineinfanterie* bei, die gemeinsam ausgebildet wird und gemeinsam ihre amphibischen Schiffseinheiten nutzt.

Die *Spezialkräfte* für Kommandoeinsätze bleiben möglicherweise unter nationalem Kommando, kooperieren aber bei der Ausbildung und Ausrüstung. Eine *stationäre und schwimmende Logistik* könnte vielleicht als erste Komponente entstehen. Es handelt sich zugegeben um sehr visionäre Ausblicke, deren Strukturen auf der Grundlage freiwilliger Zusammenarbeit einiger Vorreiterstaaten entstehen sollten, denen sich andere Partner anschließen können. *Dabei wird es zu vielen Zwischenlösungen kommen, denn Komplettlösungen aus der Retorte würde das Schicksal der EVG teilen, die sich mit dem Projekt einer europäischen Armee aus einem Guss in kürzester Zeit übernommen hatte.* Stattdessen bieten sich erste Teillösungen an, wie gemeinsame Spezialeinheiten und Logistikkräfte, denen später dann die Kräfte aus der Linie folgen könnten.

Europa muss nicht alles machen

Unter dem Motto *Smart Defence* sind Pooling und Sharing nun auch eine Leitlinie für die NATO. Damit in der Kooperation keine Konkurrenz entsteht, sollte hier von Anfang an Klarheit über die *Arbeitsteilung zwischen der Allianz und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* bestehen.

Die NATO hat das gemeinsame *Aufklärungs- und Überwachungssystem AGS* (Allied Ground Surveillance) zur Bodenaufklärung auf den Weg gebracht. Dazu sollen von den Bündnispartnern finanzierte Aufklärungsdrohnen Global Hawk gehören, die auf der sizilianischen Basis Sigonella stationiert werden sollen. Hier sollten die Europäer auf keinen Fall Parallelentwicklungen betreiben. Bei der deutschen Luftwaffe bereitet man sich zur Zeit auf die Einsatzbereitschaft ähnlicher Drohnen (Euro Hawk) in einer anderen Konfiguration als signalerfassende Aufklärungsmittel vor. Die weiträumige strategische Aufklärung kann durch die NATO sichergestellt werden.

Als zweites Zukunftsprojekt gilt seit dem Chicago-Gipfel 2011 die *Raketenabwehr der NATO* gegen die Risiken der Proliferation von Massenvernichtungswaffen an der Peripherie des euro-atlantischen Raums. Hier haben europäische NATO-Staaten Beiträge in Aussicht gestellt. Die Niederländer wollen sich mit ihren Fregatten der „Seven-Provincen-Klasse“ und deren Flugkörperabwehrpotential einbringen, die Einbeziehung der deutschen Fregatten der „Sachsen-Klasse“ dürfte finanziell nicht zu realisieren sein. Deutschland stellt seine Patriot-Einheiten in Aussicht, wobei das MEADS-System sicher besser wäre. Kern des Projekts sind US-Raketenkreuzer der Aegis-Klasse auf spanischen Basen und Radaranlagen bzw. bodengestützte Abwehrflugkörper in Osteuropa und der Türkei. Das Hauptquartier befindet sich auf deutschem Boden auf der US-Basis Ramstein. Dieses Projekt wird kein bevorzugtes Feld der europäischen Verteidigungspolitik sein, da es sich um eine klare Aufgabe der kollektiven Verteidigung handelt, die auch Auswirkungen auf das Verhältnis zu Russland haben wird.

Was wird aus der nuklearen Abschreckung?

Eine Erörterung der gemeinsamen Sicherheit Europas kommt angesichts der drohenden *Proliferation von Atomwaffen* in den unsichersten Regionen der Welt nicht an der Frage des Nukleareinsatzes vorbei.

Großbritannien und Frankreich verfügen über eigene nationale Atomraketen auf U-Booten zum strategischen Einsatz und luftgestützte Nuklearwaffen. Die anderen Staaten haben im Atomwaffensperrvertrag auf nationale nukleare Optionen verzichtet, sind aber zum Teil als NATO - Mitglieder in die nukleare Teilhabe eingebunden. Sie stellen für das Bündnis Jagdbomber, die mit US-Atomwaffen unter US-Kontrolle bestückt werden können. Als Mitglieder der nuklearen Planungsgruppe können sie am nuklearen Entscheidungsprozess innerhalb der NATO mitwirken. Das Bündnis möchte auf die allerletzte Option eines Atomwaffeneinsatzes angesichts der ungewissen Risikolage in der Welt nicht ganz verzichten. Atomare Sicherheitsfragen sind Fragen der NATO und stehen nicht auf der Tagesordnung europäischer Politik.

Beide europäischen Atommächte haben eine unterschiedliche strategische Ausrichtung. Großbritannien ist seit dem Bahamas-Abkommen von 1962 nuklearer Juniorpartner der USA und stützt sich auf U-bootgestützte strategische Raketen amerikanischer Herkunft. Sie sind in die nukleare Planung der NATO eingebunden mit einem britischen Vorbehalt in existentiellen Fragen nationaler Sicherheit. Frankreich sah seine selbstentwickelte Nuklearwaffe (*Force de Frappe*) immer in einer primären Abschreckungsrolle zur Sicherstellung der nationalen Sicherheit im Extremfall und weniger als abgestuftes Instrumentarium der Strategie mit einer weiten Palette von Optionen.

Allerdings können beide Staaten auch flugzeuggestützte nukleare Gefechtsköpfe „taktisch“ einsetzen. Beide europäischen Mittelmächte sind mit der Unterhaltung einer glaubhaften eigenen Atommacht finanziell langfristig überfordert und streben mit dem bilateralen Kooperationsabkommen von 2010 auch eine strategische Zusammenarbeit an.

Die anderen Mitgliedsstaaten sind allein auf den US-Atomschirm für die NATO angewiesen und es besteht zur Zeit kein Interesse, wie in den 60er Jahren die Möglichkeit einer multilateralen Atommacht zu diskutieren. Dies könnte sich allerdings sehr schnell ändern, wenn weitere Staaten in den Krisengürteln an der europäischen Peripherie in den Besitz von Atomwaffen gelangen und im internationalen Machtpoker einsetzen sollten. Wird dann das Prinzip des „Sharing“ auch auf höchster strategischer Ebene angewendet, indem die beiden europäischen Nuklearmächte die ultimativen Instrumente ihrer Souveränität einer europäischen Sicherheitsunion zur Verfügung stellen, um „kleinere“, aber unberechenbarere Nuklearstaaten in einer multipolaren Welt glaubhaft in ihre Schranken zu verweisen? Das Eisen ist zur Zeit noch zu heiß und andere Integrationsfragen und die ökonomische Stabilisierung Europas stehen vorrangig auf der Tagesordnung.

In einer pragmatischen Weise könnte sich ein Lösungsansatz auf unterster Ebene anbieten. Die zur Zeit eingesetzten Flugzeugmuster der nuklearen Teilhabe (Tornado, F 16) stehen in 10 Jahren zur Ablösung an. Ein gemeinsam finanziertes europäisches Einsatzgeschwader könnte ein verfügbares neueres nuklearfähiges Flugzeugmuster wie die französische Rafale betreiben, um weiterhin amerikanische Gefechtsköpfe für die NATO-Luftstreitkräfte einsetzbar zu halten. Politisch-militärisch wäre dieses Element militärischer Sicherheitspolitik so weiterhin der NATO zugeordnet, aber das maßgebliche Problem der Finanzierung und des Betriebes wäre gemeinsam europäisch gelöst.

Schlussbetrachtung

Als Fazit soll ein Zitat aus dem grundlegenden Artikel von Claudia Major „Legitimation und Umrisse einer Europaarmee“ genannt sein, das vor übermäßigem Optimismus warnt, aber doch Perspektiven zeigt:

„Einige Länder, allen voran Großbritannien, werden in absehbarer Zeit kein Projekt unterstützen, das mit dem Etikett „europäische Armee“ versehen ist. Angesichts der militärischen Bedeutung Großbritanniens ist jegliche verteidigungspolitische Kooperation auf EU - Ebene ohne dieses Land nachhaltig geschwächt, sowohl hinsichtlich der Legitimation als auch ihrer Effektivität. Gleiche Anstrengungen unter einem anderen Namen haben mehr Erfolgsaussichten.

Zweitens sind revolutionäre Integrationsansätze in der Sicherheitspolitik nahezu aussichtslos, da dieser Bereich stark mit staatlicher Identität und Souveränität assoziiert wird. Daran hat sich seit 1954 wenig geändert. Wollen die EU-Staaten ihre militärische Zusammenarbeit vertiefen, müssen sie pragmatisch vorgehen. Dieses Vorgehen hat sich bewährt.“

Das Anliegen einer europäischen Armee darf nicht Gegenstand einer Expertendebatte bleiben. Es könnte zu einem neuen europäischen Impuls werden, nachdem die wirtschaftlichen Antriebe des europäischen Gedankens zur Zeit etwas „schwächeln“. Er muss gewissermaßen als ein „europäischer Hauruck“ durch die Öffentlichkeit gehen. So könnte eine jährlich veröffentlichtes und diskutiertes Weißbuch zur europäischen Sicherheit die Europäisierung der Verteidigung zu einem Dauerthema machen.

Europa hat das Potenzial als globaler Akteur aufzutreten, spricht aber noch nicht wirklich mit einer Stimme und kann seine politischen und militärischen Ressourcen nicht gebündelt in die Weltpolitik einbringen. Europa wird sich in einer Welt mit zahlreichen neuen aufstrebenden Machtzentren behaupten müssen und kann sich nicht andauernd auf die USA verlassen, die zur Zeit einen weit höheren Anteil an der gemeinsamen Sicherheit finanzieren als zu Zeiten des Kalten Krieges. Angesichts der Finanz- und Schuldenkrise schrumpfen die Militärkapazitäten von 27 europäischen Armeen bedrohlich zusammen. *Jeder Staat baut seine Fähigkeiten ab, ohne dass ein abgestimmtes Konzept vorliegt.*

Gerade im Politikfeld Militär ist trotz vieler Bedenken und Hindernisse ein „Mehr an Europa“ das Gebot der Stunde, will der Kontinent seine sicherheitspolitische Gestaltungskraft in der Welt nicht einbüßen. *Eine Arbeitsteilung mit der NATO ist möglich.* Ihr bleibt die Bündnisverteidigung und nukleare Sicherheit vorbehalten. Sie bindet die Nicht-EU-Staaten in die gemeinsame Sicherheit ein.

Eine Reihe von *pragmatischen Wegen und Umwegen* bieten sich heute an, um die durch Finanzlage und Demographie gebotene Gemeinsamkeit von Sicherheitspolitik und militärischen Fähigkeiten in Europa zu organisieren. *Eine multinationale politische und militärische Führungsstruktur sind in NATO und EU vorhanden.*

Bei der künftigen gemeinsamen Ausrüstung muss der Flickenteppich der Kooperationsprojekte endlich durch eine *einheitliche auf gemeinsame Bedarfsanalysen gestützte Planung* beseitigt bereinigt werden. *„Nicht jede Armee muss allein alles können, aber alle zusammen müssen es.“*

Kooperationen bei gemeinsamer Ausbildung und Unterstützung sind mit den Souveränitätsvorbehalten vieler Staaten leichter zu vereinbaren als bei der Integration von Kampftruppen im Einsatz. Anstatt eine Vielzahl von Fähigkeiten mit mangelnder Durchhaltefähigkeit aufrechtzuerhalten, wie es die aktuelle Bundeswehrreform noch vorsieht, muss man durch „Pooling“ und „Sharing“ eine Arbeitsteilung anstreben, bei der sich *alle*

Partner im Einsatz aufeinander verlassen können, wenn sie Fähigkeiten gemeinsam einbringen oder anderen überlassen

Politische Verlässlichkeit im Einsatz setzt am Ende eine Europäisierung der parlamentarischen Entscheidungen voraus.

In einer abgestimmten Transformation sollten auch die Armeen Europas aufgrund schon vorhandener Fähigkeitsprofile arbeitsteilig strukturiert werden

Das Prinzip der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ lässt ein Voranschreiten von integrationswilligen Staaten zu, dem andere später folgen können, aber nicht müssen. Ideen und Strukturen gibt es genug, nun muss unter dem Druck der knappen Ressourcen der politische Wille folgen.

Nachbemerkung

Auch wenn das Thema einer europäischen Armee nicht die Schlagzeilen der Tagespolitik bestimmt, gibt es eine umfangreiche *Fachliteratur*, mit der man viele Seiten eines bibliographischen Apparates füllen könnte. Das kann hier nicht geleistet werden. Dennoch gebietet die wissenschaftliche Redlichkeit, hier einige Autoren zu nennen, deren Gedanken in diesen Seminarbeitrag eingeflossen sind.

Einen sehr guten Einstieg bietet die Gesamtdarstellung zur Vision oder Utopie einer europäischen Armee von Gerd Höfer, MdB SPD aus dem Jahr 2008. In einem Grundsatzartikel widmet sich Gerd Kaldrack dem vergessenen Thema der Armee für Europa in der Aprilnummer der Zeitschrift für Innere Führung 2011. In den Veröffentlichungen der Stiftung Wissenschaft und Politik von Claudia Major und Christian Mölling erscheinen aktuelle Beiträge zu den politischen und militärischen Strukturen in Europa. Eine Kurzübersicht zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gab Meier-Dörnberg im Sammelband zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr von 1985. In der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ bzw. der Nachfolgepublikation „Europäische Sicherheit & Technik“ erscheinen regelmäßig Artikel zur Sicherheitspolitik in Europa. Zu nennen wären zum Beispiel die Beiträge von, Omnid Nouripour (MdB Bündnis 90/Die Grünen) Rainer Arnold (MdB SPD) und Michael Groscheck (ex MdB SPD, jetzt Landesminister NRW) und Michael Meyer in den Nummern 8/2010, 2 bzw. 5 bzw. 6/2012. Informationen lieferte auch der „Harthöherkurier“, hier vor allem Jürgen Rosenthal in der Februarnummer/2012. Speziell zu einer eigenen EU - Eingreiftruppe findet man den Vorschlag des polnischen Verfassers Marcin Terlikowski „The European Army - How to do it right, PISM Strategic files, Nr. 4 / July 2008. Zu nennen wäre auch Jürgen Groß/Andreas Weigel, Fernziel: Europäische Armee, Ein Papier aus der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH. Wichtige Impulse für dieses Thema erhielt der Verfasser dieses Seminarbeitrages durch die Vortrags- und Informationsveranstaltungen bei den 8. Petersberger Gesprächen am 10. März 2012, beim Forum Sicherheitspolitik NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21.10.2010 in Bonn und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik am 14.11.2011 in Köln.

Auswahl:

- Thomas Bauer, Europas Streitkräfte – nur noch Bonsai? Europäische Sicherheit & Technik 5/2012
- Rolf Clement, Sicherheitspolitik in Europa vor dem Hintergrund der Eurokrise, Mittler-Brief Nr. 3/2012
- Meier-Dörnberg, Die EVG, in: 50 Jahre Bundeswehr, 1985

- Michael Groscheck, Der Weg zu europäischen Streitkräften, Europäische Sicherheit und Technik 5/2012
- Jürgen Groß/Andreas Weigel, Fernziel: EUropäische Armee, Ein Papier aus der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH
- Gerd Höfer, Europäische Armee – Vision oder Utopie, Hamburg 2008
- Gerd Kaldrack, Das vergessene Thema – Armee für Europa, Zeitschrift für Innere Führung 4-2011
- Gerd Kaldrack/Hans-Gert Pöttering (Hg.), Eine einsatzfähige Armee für Europa – Die Zukunft der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, 2011
- Gerd Kaldrack, Wer verteidigt Europa? Die EU, die NATO oder die Nationalstaaten? Europäische Sicherheit 9/2011
- Gerd Kaldrack, Eine einsatzfähige Armee für Europa, Europäische Sicherheit 2/2011
- Roderich Kiesewetter, Die Stärkung der GSVP – Aufbau einer Europa-Armee als Antwort auf neuartige Bedrohungen und als Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise in den einzelnen EU-Mitgliedsländern
- Claudia Major, Legitimation und Umriss einer Europa-Armee, Diskussionspapier Stiftung Wissenschaft und Politik
- Michael Meyer, EU - Battlegroups, Europäische Sicherheit 8/2010
- Christian Mölling, EU - Battlegroups, Diskussionspapier Stiftung Wissenschaft und Politik, 3/2007
- Nils Müller, E Pluribus Unum – Aus vielen eines? Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die europäische Streitkräfteintegration, Europäische Sicherheit 9/2011
- Jürgen Rosenthal, Jederzeit schnell weltweit verlegbar – das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, Hardthöhenkurier 2/2012
- Omnid Nouripour, Wofür Streitkräfte? Europäische Sicherheit § Technik 6/2012
- Henning Otte, Joint Ausbildung in der Bundeswehr im europäischen Verbund, Europäische Sicherheit und Technik 8/2011
- Marcin Terlikowski, The European Army -How to do it right, PISM Strategic files, Nr. 4 / July 2008

Jürgen Dreifke
 Dülmen, November 2012
 xd300@hotmail.de

Anhang:
Ausgewählte Folien des Seminarbeitrages:

Erfahrung der Vergangenheit

Das Scheitern der EVG 1952-54 – Eine vertane Chance?

Supranationale Militärorganisation : europäische Armee ohne europäischen Staat

Plevenplan 1950 # EVG-Vertrag 1952 : deutsche Divisionen statt Bataillone,

„Bewaffnung Deutscher, aber keine Bewaffnung der Bundesrepublik“

Integration auf Korpsebene, im Kriege operative Führung durch SACEUR (NATO)

Führungsrolle Frankreich, 57 Divisionen (FR 18, IT 16, D 12, NL 5, BE/LUX 6) + 5000
Flugzeuge + europäische Küstenmarine) + nationale Kontingente (außer D)

Europäische Territorialorganisation, Rüstungshoheit, Kommissariat, parl. Versammlung

Wehrpflicht 18 Monate

Verpflichtende Bündnisklausel für das gesamte EVG-Gebiet

Rechtliche und organisatorische Vereinheitlichung, Skepsis bei „Innerer Führung“

Unrealistische Zeitplanung (bis 1954-55) und Überforderung der Mitglieder

D: Wiedererlangung der vollen Souveränität <> Fr: Kontrolle D und Vormacht F

Kontroverse in Fr, Fernbleiben GB, Entspannungshoffnungen nach dem Tod Stalins
1953, Wahlsieg Adenauers, Zweifel an militärischer Effizienz, emotionale Schranken ->
1954 Scheitern im Ratifikationsverfahren in FR

Mögliche Modelle der Integration in Gegenwart und Zukunft

-Leadnation-Prinzip*

-Pooling**

-Framework-Prinzip*

-Sharing**

-Volle Integration*

-Smart Defence**

* schon praktiziert ** geplant

Vision I: „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ auf dem Kontinent



Vision II: Europäische Eingreiftruppe neben nationalen Armeen

- Aufstellung einer supranationalen Eingreiftruppe von 30.000 aus **geworbenen EU-Bürgern** zur direkten Verfügung der EU
- Trennung von nationalen Armeen, die unter Souveränität der Staaten bleiben
 - 10.000 Einsatzstärke in kürzester Frist
 - für kurze Kampfeinsätze, nicht für lange Stabilisierungsmandate
 - teilstreitkraftübergreifende „joint operations“
- Kooperation mit nationalen Armeen unverzichtbar (Luftangriff, Marine)
 - **gemeinsames „supranationales“ Budget**

Voraussetzung: Gemeinsame europäische Rüstung

Gründung der EDA (European Defence Agency)

Einheitliche militärische Zielplanung (Strategiepapiere) -> einheitliche Bedarfsplanung des Fähigkeitsprofils -> gemeinsame Rüstungsprojekte (Planung, Entwicklung, Beschaffung, Nutzung)

Minimallösung: Gemeinsame europäische Führungsstrukturen

- Nationale Armeen
- Gemeinsame militärisch-politische Entscheidungs- und Führungsorganisation
- Gemeinsame Rüstung und Ausbildung

Bildung eines gemeinsamen Ausbildungspool mit deutscher Beteiligung

- Europäische Führungsakademie
- Taktische und operative Ausbildungszentren
- Fliegerische Ausbildungszentren
- Technische Schulen der Teilstreitkräfte
- Kampftruppenschulen
- Schulen für Kampfunterstützung (Art, Pi)
- Schulen für Spezialkräfte
- Ausbildungszentren für Minenabwehr, U-Bootabwehr, Schiffssicherheit, Luftverteidigung
- Truppenübungsplätze und Gefechtsübungszentren
- Erprobungsstellen

Organisation der Kooperation gemäß der Gent-Initiative 2010

Ziele der Kooperation: höhere militärische Wirksamkeit, mehr Kosteneffektivität vor dem Hintergrund von Budgetkürzungen

Vorgehensweise: Analyse der nationalen militärischen Fähigkeiten und Einteilung in drei Kategorien

Kategorie 1: national Verfügbarkeit unverzichtbar, Abhängigkeiten von Partnern problematisch (Kampf, Kampfunterstützung, Information, Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe)

Kategorie 2: engere Kooperation möglich, Abhängigkeit von Partnern in Grenzen vertretbar (stationäre Versorgung, strategischer und taktischer Transport, operative Ausbildung)

Kategorie 3: höhere Abhängigkeit in einem internationalen Rahmen von arbeitsteiliger Kooperation bei gemeinsamen Einsätzen vertretbar (Kapazitäten zur Entwicklung und Ausbildung langfristiger militärischer Fähigkeiten)

Instrumente: Pooling (Nutzung gemeinsamer Fähigkeiten) und Sharing (Bereitstellung eigener Fähigkeiten für Partner)

Bevorzugte Arbeitsgebiete der Kooperation laut Gent-Initiative

- Harmonisierung der militärischen Anforderungsprofile
- Gemeinsame Entwicklung und Beschaffung (geschlossenes Auftreten gegenüber Anbietern)
- Gemeinsame Ausbildung und Übungen
- Gemeinsame Führungsstrukturen und -verfahren
- Gemeinsamer Betrieb von kostenintensiven Fähigkeiten (strategische Aufklärung, strategischer Transport)

Schwerpunkte der European Defence Agency

Kooperationssteuerung und Impulssetzung bei..

- Pilotentraining (Flugzeuge, Helikopter)
- Satellitenkommunikation (Betrieb vorhandener und Aufbau neuer Systeme)
- Seeraumüberwachung und maritime Lagedarstellung
- Satellitenkommunikation (verstärkter Bedarf durch Drohneneinsatz)
- Mobile Sanitätsversorgung
- Luftbetankung (auch für Drohnen)
- Aufklärungs- und Informationssysteme
- Lufttransport
- Intelligente Präzisionsmunition (Bevorratung, Neuentwicklung)
- Maritime Ausbildung und Logistik (-> Operation Atalanta)

Fazit: primär Kooperation bei „Force enablern“, nicht bei Gefechtshardware